Einzelpreis 30 Pfg. · 4. Jahrgang

Mittwoch, 20. Juli 1921

Nummer 333 · Morgen-Ausgabe

Die „Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 11 M. im voraus zahlbar. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Streifband bezogen für Deutschland, Oesterreich, Ungarn, Danzig, das Saargeb. Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens u. Luxemburgs 20 M., für das übrige Ausland 27 M. per Brief bez. für Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 36 M.
Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 8-9.

Die achtgespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum kostet 3,— M. einschließlich Teuerungszuschlag. Kleine Anzeigen: Das fettgedruckte Wort 2,— M., jedes weitere Wort 1,50 M. einschließlich Teuerungszuschlag. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das fettgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,— M.
Fernsprecher: Zentrum 15230—15239

# Freiheit

## Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

# Kein Rücktritt des Kabinetts Wirth

Amtlich wird folgende Mitteilung ausgegeben:

**Die neuerdings auftretenden Gerüchte, daß das Reichskabinett zum Rücktritt entschlossen sei, sind unzutreffend.**

Die Gerüchte, von denen hier die Rede ist, haben sich an die auch von uns bereits erwähnte Meldung der Chicago Tribune geknüpft, nach der der Reichskanzler Dr. Wirth dem englischen Botschafter seinen Rücktritt für den Fall eines für Deutschland ungünstigen Entscheids über Oberschlesien in Aussicht gestellt haben soll.

Eine Berliner Korrespondenz glaubte gestern, die Demission schon für die allernächste Zeit in Aussicht stellen zu können. Sie wollte von einer dem Reichskanzler nahestehenden Seite erfahren haben, daß das Kabinett zur Erkenntnis gekommen sei, die Politik der Erfüllung lasse sich beim schlechten Willen der Entente nicht durchführen. Der Kanzler wolle seine Rücktrittsabsichten bald verwirklichen, um neuen Männern Gelegenheit zu geben, sich in den Sommerferien einzuarbeiten.

Diese Darstellung trug den Stempel der Erfindung an der Stirn, da sie weit über das hinausging, was von dem Gespräch Wirths mit dem englischen Botschafter berichtet worden war, und da die Regierung doch ohne Zweifel keine Entschlüsse fassen wird, bevor die oberschlesische Frage so oder so beantwortet ist.

Aber natürlich dauert die schleichende Krisis an. Das Ministerium hat keinen festen Boden unter den Füßen und seine Existenz hängt in hohem Maße von den Entschlüssen ab, die der Oberste Rat der Alliierten in seiner nächsten Sitzung fassen wird.

Zweifelhaft erscheint es allerdings, ob der Reichskanzler gut daran getan hat, dem fremden Diplomaten gegenüber so offen von seinen Absichten zu sprechen. Er glaubte sicher, damit eine günstige außenpolitische Wirkung zu erzielen, aber er mußte sich sagen, daß das Bekanntwerden seiner Aeußerung die Rechtsparteien in Deutschland in ihrem Kampf gegen die ihnen so verhaßte Regierung ermutigen wird. Diesen Parteien ist es nach wie vor darum zu tun, das Kabinett über eine sogenannte nationale Frage stürzen zu lassen, um so der ihnen feindlichen Entscheidung über die angekündigten Steuerprojekte zu entgehen. Ihr Vorhaben wird ihnen erleichtert, wenn der Reichskanzler selbst vorzeitig die außenpolitischen Schwierigkeiten als Rücktrittsgrund bezeichnet.

## Die Entente und Oberschlesien

### Verstärkung der Franzosen

Paris, 19. Juli.

**Der diplomatische Mitarbeiter der „Chicago Tribune" glaubt zu wissen, daß über die Entsendung einer vollen französischen Infanteriedivision zur Verstärkung des französischen Kontingents in Oberschlesien in einer Kabinettssitzung entschieden werden würde. Man erfahre indessen, daß Frankreich auf alle Fälle seine Truppen in Oberschlesien verstärken werde, gleichgültig ob zu gleicher Zeit die englischen und italienischen Streitkräfte verstärkt würden oder nicht.**

### England will keinen Aufschub der Lösung

London, 19. Juli.

Der diplomatische Korrespondent des „Daily Chronicle" schreibt, die britische Regierung werde **dem Drange der französischen Regierung wegen Entsendung weiterer Truppen nach Oberschlesien schwerlich stattgeben.** „Morningpost" schreibt in einem Leitartikel, die Auffassung der britischen Regierung werde, nach Mitteilung von zuständiger Stelle, wie folgt sein: Briand habe einen Vorschlag gemacht, der darauf hinauskomme, **die nächste Sitzung des Obersten Rates auf unbestimmte Zeit zu verschieben.** Dieser Vorschlag habe die britische Regierung enttäuscht und in amtlichen Kreisen Gefühle erweckt, die **über Enttäuschungen noch hinausgingen.** Was den französischen Vorschlag auf Entsendung von Truppen anginge, so habe Großbritannien keine Division zur Verfügung und sei außerdem nicht in der Lage, die hierfür nötigen Gelder auszugeben. Im Zusammenhang mit der französischen Behauptung, daß die Truppen des Generals Höfer **nur zum Schein aufgelöst wurden,** habe der britische Oberkommissar eine sofortige und gründliche Untersuchung angeordnet. „Morningpost" schließt, in britischen amtlichen Kreisen herrsche die Auffassung, daß Frankreich vielleicht zu vermeiden wünsche, daß noch andere Fragen als die oberschlesische vor dem Obersten Rat zur Regelung kommen. So sei die britische Regierung von dem Inhalt der Besprechungen zwischen Briand und Bekir Sami Bey nicht unterrichtet worden und vielleicht wolle Briand eine Aussprache über diese Frage vermeiden.

Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph" schreibt, bis in die späten Abendstunden sei gestern **keine offizielle englische Antwort auf die letzte Mitteilung des Quai d'Orsay** eingegangen. Nach offizieller britischer Auffassung sei **ein Aufschub der Festsetzung der Grenzen Oberschlesiens und der Aufhebung der Zwangsmaßnahmen am Rhein nicht angängig.** Es könne angenommen werden, daß keine britischen Verstärkungen nach Oberschlesien gesandt werden können. Briand scheine zu hoffen, daß Italien in der Lage sein werde, ein neues Kontingent zu senden. Die Absendung einer französischen Division könne jeden Augenblick erwartet werden. Daß ihre Ankunft in Oberschlesien ausreiche, um die Pazifizierung des Gebietes zu sichern, werde nicht überall geglaubt. Der Korrespondent fährt fort, die englischen Vertreter hätten ebenso viele bewaffnete Polen bzw. Polen, die die Grenze überschritten, entdeckt, wie ihre französischen Kollegen Deutsche unter gleichen Umständen entdeckt hätten. Für die Minderheiten in den oberschlesischen Dörfern außerhalb der Garnisonbezirke sei kein Schutz vorhanden. Das Einzige, die beiden Parteien zu verhindern, einander an die Kehle zu springen und die Alliierten in ihren Konflikt hineinzuziehen, sei nach der Ansicht der höchsten britischen Autoritäten **die unverzügliche Regelung der oberschlesischen Frage.**

### Der „Temps" gegen den Zusammentritt des Obersten Rates

EE. Paris, 19. Juli.

Der „Temps" spricht sich gegen einen Zusammentritt des Obersten Rates im jetzigen Augenblick aus, meint allerdings, die Mehrheit der französischen Bevölkerung hege den Wunsch, **die Verhandlung des oberschlesischen Problems nicht endlos zu verzögern.** Der „Temps" ist der Ansicht, wenn man eile, die von Harald Stuart und Le Rond verlangten Verstärkungen nach Oberschlesien zu entsenden, könnte die Frage endlich gelöst werden. Aber eine **Zuteilung ganz Oberschlesiens an Deutschland** vorzunehmen, ehe sich das offizielle Deutschland dafür ausgesprochen habe, wäre unvereinbar mit den Bestimmungen des Versailler Vertrages. Griffe General Höfer neuerdings zu den Waffen, würden die Polen dasselbe tun. Das Geschick Oberschlesiens könne also erst entschieden werden, wenn man solche militärischen Maßnahmen getroffen habe, daß Deutschland nicht wage, mit den Waffen dagegen zu protestieren. Es sei nicht notwendig, daß diese Maßnahmen in Oberschlesien getroffen würden, sie könnten auch am Rhein ergriffen werden.

### Ein neutrales Urteil

Kopenhagen, 19. Juli.

„Politiken" beschäftigt sich mit der oberschlesischen Frage und verurteilt den Standpunkt der französischen Regierung. Das Blatt schreibt: „Obwohl alle anerkennen, daß der Zustand in Oberschlesien unerträglich ist und daß es Frankreich aus wirtschaftlichen Gründen interessiert, daß Deutschland bald zur Ruhe kommt und seinen Verpflichtungen nachkommen kann, besteht zur Zeit die größte Aussicht dafür, daß der französische Verschleppungsstandpunkt siegt und daß die oberschlesische Frage erst im Herbst ihre Entscheidung findet."

### Meuterei polnischer Regimenter

TU. Hohensalza, 19. Juli.

Hier kam es anläßlich der Entwaffnung der hier untergebrachten polnischen Aufständischen zu blutigen Ereignissen. Von den aufständischen polnischen Regimentern leistete nur ein kleiner Teil der Aufforderung, die Waffen abzuliefern, Folge. Als Grund des Ungehorsams wurde angegeben, der Staat zahle ihnen den Sold in deutscher Währung. Ein Major versuchte die Aufständischen zu beruhigen, es gelang ihm erst nach einer Weile, **wobei 2 Tote und 15 Verwundete blieben.** Dann zogen sich die Meuterer in ihre Kaserne zurück und konnten entwaffnet werden.

## Englische Kredite für Deutschland

Berlin, 19. Juli.

**Es ist in den letzten Tagen zwischen der Einfuhrgesellschaft für Getreide und Futtermittel mit Zustimmung des Reichsernährungsministeriums und Reichsfinanzministeriums ein Abkommen mit einer größeren Gruppe englischer Großbanken (u. a. Baring, Kleinwort, Morgen, Rothschild, Schröder) getroffen worden, nach welchem der Einfuhrgesellschaft ein Kredit in der Höhe von zunächst drei Millionen Pfund Sterling in der Weise zur Verfügung gestellt wird, daß für die zu tätigenden Brotgetreideeinkäufe von Uebersee die Verschiffer auf genannte Banken Wechsel mit viermonatiger Laufzeit ziehen.**

**Auf diese Weise können die noch erforderlichen Mengen Brotgetreide im Auslande zu recht günstigen Bedingungen erworben werden.**

**De Brouckere geht nach Görlitz.** Der Generalrat der belgischen sozialistischen Partei beschloß die Einladung der deutschen Mehrheitssozialdemokraten, sich auf ihrem nächsten Kongreß in Görlitz vertreten zu lassen, anzunehmen. De Brouckere wird die belgische Partei vertreten, es wird aber betont werden, daß diese Beteiligung am Kongreß der Mehrheitssozialdemokraten in keiner Weise eine Gegnerschaft gegen die unabhängigen Sozialdemokraten in sich schließt, mit denen man nur gute Beziehungen wünscht.

## Steuer oder Beteiligung

Gegen den Plan, die Besteuerung an der Quelle durch unmittelbare Anteilnahme des Reichs an den Produktionserträgen durchzuführen, leistet das Finanzministerium Widerstand. Es schlägt anstatt dessen eine „Veredlung des Reichsnotopfers" vor.

Die schweren Fehler der Vermögensabgabe sind von uns oft kritisiert worden. Der schlimmste ist folgender: Die zur Abgabe herangezogenen Vermögen sind an einem bestimmten Stichtag, am 31. Dezember 1919, geschätzt worden. Damals hatte die Geldentwertung noch keinen so hohen Grad erreicht. Die Folge davon ist, daß das Reich die Abgabe in einer sich immer stärker entwertenden Mark erhält. Die wirkliche Zahlung macht so nur einen Teil desjenigen aus, was nach der Absicht des Gesetzes dem Staate zufallen sollte. Und während die Besitzer von Sachwerten mit Vergnügen konstatieren konnten, daß die Abgabe, wie sie im Dezember 1919 festgesetzt worden war, in ihrem wirklichen Wert immer mehr dahin schmolz, während sie selbst in der Lage waren, die Preise ihrer Produkte der Geldentwertung anzupassen und damit ihre Gewinne fortwährend zu steigern, blieb die Abgabe für die Besitzer von Papiermark, z. B. von Staatsanleihen oder sonstigen fest verzinslichen Papieren, in der am Stichtag festgesetzten Höhe bestehen, obwohl sich ihr Einkommen beständig entwertete.

Dabei wurden schon am Stichtage selbst die Sachwerte, also Grund- und Betriebsvermögen, nicht voll erfaßt. Vom Betriebsvermögen wurden nur 80 Prozent zur Steuer herangezogen. Die Teile des Anlagekapitals, die noch vor der Geldentwertung angeschafft waren, wurden nur zum Anschaffungswert unter Vornahme bedeutender Abschreibungen eingesetzt. Besondere Privilegien wußten sich dabei die Agrarier zu sichern. Zur Grundlage der Besteuerung wurde jener Ertragswert von 1913 genommen, der schon damals hinter dem wirklichen Wert durchschnittlich sehr bedeutend zurückblieb. Besonders günstig war das Gesetz auch für die Aktiengesellschaften und die sonstigen gewerblichen Körperschaften. Ihr Notopfer betrug nur 10 Prozent des abgabepflichtigen Vermögens, was für diese Besitzer der Goldwerte wirklich eine äußerst kleine Belastung darstellt.

Die nach dem 31. Dezember 1919 infolge der Geldentwertung eingetretenen Steigerungen der Sachwerte werden überhaupt nicht von der Vermögensabgabe getroffen, ebensowenig die nach dem 31. Dezember 1919 erworbenen Vermögen, die nach den glänzenden Ergebnissen des Jahres 1920 sicher sehr stark ins Gewicht fallen.

Der Gesamtertrag des Notopfers war auf 45 Milliarden Mark geschätzt. Diese sollten in 30, von den Grundbesitzern in 45 Jahren getilgt werden, zuzüglich einer Verzinsung von 5 Prozent. Die jährliche Einnahme aus diesen Tilgungsraten wurde auf 2,2 Milliarden M. geschätzt. Da man nun damit rechnen mußte, daß die Geldentwertung noch fortschreiten, die Einnahmen des Reiches aus dem Notopfer infolgedessen in ihrem wirklichen Wert noch weiter sinken würden und der Geldbedarf des Reiches immer dringender wurde, wurde im Dezember 1920 die beschleunigte Einziehung des Notopfers beschlossen. In der Zeit vom 1. Mai 1921 bis 1. Mai 1922 sollten 10 Prozent des Vermögens, mindestens aber ein Drittel der Abgabe entrichtet werden, die bekanntlich bei den großen Vermögen bis etwa 65 Prozent ansteigt.

Die beschleunigte Einziehung würde zwar dem Reiche eine einmalige größere Abgabe von über 15 Milliarden sichern, aber alle Schäden und Unzulänglichkeiten des Notopfers bestehen lassen. Deshalb will das Finanzministerium das Reichsnotopfer dadurch verbessern, daß eine neue Abschätzung der Vermögen stattfindet, die von drei zu drei Jahren wiederholt werden soll. Dadurch würde der eingetretenen Geldentwertung Rechnung getragen werden können. Voraussetzung dafür ist allerdings, daß auch für die Landwirtschaft der wirkliche Wert, nicht der sagenhafte Ertragswert zugrunde gelegt wird. Notwendig aber wäre natürlich auch, daß die Aktiengesellschaften, die sonst mit der Entrichtung von 10 Prozent ihres Vermögens in diesem Jahre aller Verpflichtungen aus dem Notopfer sich entledigt hätten, ebenfalls mit einer Vermögenssteuer belegt werden. Die gesamte Abgabe soll innerhalb der nächsten zehn Jahre statt der ursprünglich vorgesehenen dreißig Jahre zur Einziehung gelangen. Wirth hat unter Vorbehalt die jährliche Einnahme auf 8—10 Milliarden angegeben.

Wenn man's so hört, möcht's leidlich scheinen. Aber wir fürchten, daß auch diese neue Besitzsteuer in der praktischen Durchführung auf all jene Widerstände stoßen wird, die bisher die Steuererfassung des Besitzes so außerordentlich erschwert haben. Es wird wieder jener Kampf zwischen Fiskus und Steuerträger, zwischen Veranlagung und Steuerumgehung entbrennen, bei dem der Fiskus so oft schon den kürzeren gezogen hat. Die Veranlagung selbst braucht für ihre Durchführung unendlich viel Zeit, die Finanzbehörden werden mit großer Arbeit belastet und sind dabei immer wieder auf die subjektiven Angaben der Steuerpflichtigen angewiesen. Da die Steuersätze hoch sind, ist auch der Trieb zur Hinterziehung stark. Und deswegen ergeben sich all die Bedenken, die wir gegen die subjektive Form der Erhebung erhoben haben, der gegenüber wir die Erfassung an der Quelle fordern müssen.

Die beste Form der Erfassung an der Quelle ist aber die direkte Beteiligung des Reiches an dem Produktionsertrag. Sie erschwert jede Hinterziehung und erspart oder vereinfacht ganz außerordentlich die Veranlagung und Kontrolle. Der Einwand, daß die Verwaltung der Anteile des Reichs besondere Schwierigkeiten machen würde, ist völlig unverständlich. Denn daß der Besitz von Aktien und Anteilen an industriellen Gesellschaften besonders schwierige Arbeit mache, ist bisher nicht bekannt gewesen. Die Verwaltung der landwirtschaftlichen Hypotheken kann aber den Hypothekenbanken übertragen werden. Notwendig ist nur, daß für die großen Industrieunternehmungen gesetzlicher Zwang zur Ueberführung in Gesellschaftsform geschaffen wird, während die Kleinindustrie durch eine Reichsgewerbesteuer erfaßt werden kann.

Diese Art der Erfassung bringt aber den großen Vorteil, daß das Reich über Werte verfügt (Aktien, Hypotheken oder Pfandbriefe), die es bei zwingender Not unter Umständen veräußern kann, um so in der Uebergangszeit die Verpflichtungen des Ultimatums aus Veräußerung von Vermögensbestandteilen bestreiten zu können, so lange nicht durch Steigerung der Produktion die Verpflichtungen aus dem volkswirtschaftlichen Einkommen erfüllt werden können. Eine solche Notreserve muß in den nächsten Jahren vorhanden sein, da der Kredit des Reiches ein sehr geringer, die Möglichkeit, auswärtige Anleihen zu erhalten, also eine sehr beschränkte ist.

Und noch aus einem anderen Grunde ist die Verfügung über solche Werte notwendig. So lange die Geldentwertung fortschreitet, hat das Ausland Gelegenheit, deutsche Werte zu verhältnismäßig sehr billigen Preisen zu erwerben. Dies bedeutet einmal einen direkten Verlust der deutschen Volkswirtschaft und bringt zudem die Gefahr mit sich, daß das ausländische Kapital sich die Kontrolle über wichtige deutsche Wirtschaftszweige verschafft. Das Reich, das selbst über Vermögenswerte verfügt, kann den Gefahren der Ueberfremdung entgegenwirken, indem es unter den Werten, die es veräußert, die geeignete Auswahl trifft. Statt des völlig regellosen, entweder bloß dem spekulativen Gewinnstreben oder den Eroberungsabsichten des ausländischen Kapitals dienenden Verlaufes des Ueberfremdungsprozesses könnte das Reich so diesen Prozeß in volkswirtschaftlich möglichst wenig gefährliche Bahnen lenken. Aus all diesen Gründen ist die unmittelbare Beteiligung des Reichs der reinen Besitzbesteuerung vorzuziehen.

## Die Gewerkschaften und der Brotpreis

### Verhandlungen mit der Zentral-Arbeitsgemeinschaft

Eine Lokalkorrespondenz teilt mit:

Wie wir von zuständiger Seite erfahren, ist eine Protestaktion der Gewerkschaften und Angestelltenverbände gegen den kommenden Brotpreis nicht beabsichtigt. Da die Getreidebewirtschaftung durch Beschluß des Reichstages auf eine andere Grundlage gestellt ist, wird man sich vielmehr lediglich darauf beschränken, zusammen mit den Arbeitgebern in der Zentralarbeitsgemeinschaft einen Ausgleich für die neue Verteuerung eines so wichtigen Lebensmittels zu finden. Die diesbezüglichen Verhandlungen werden in einigen Tagen beginnen, sobald die maßgebenden Persönlichkeiten des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes nach Berlin zurückgekehrt sind. Die Gewerkschaften erklären jedoch schon jetzt, daß infolge der Brotpreiserhöhung an einen Lohnabbau in absehbarer Zeit nicht zu denken ist. Besondere Verhandlungen zwischen den Arbeiter- und Angestellten-Vertretungen und der Regierung werden nicht mehr gepflogen werden, da man bei der entgegenkommenden Haltung der Arbeitgeber zu einer befriedigenden Lösung der Lohn- und Gehaltszulagen zu kommen hofft.

Die Meldung klingt recht zuversichtlich, was nicht weiter auffallen kann, denn diese Zuversicht entspricht durchaus dem Vertrauen auf die Arbeitgemeinschaft, das bei den rechtssozialistischen Führern des A. D. G. B. sehr stark ist. Wir standen diesem Instrument von jeher sehr viel skeptischer gegenüber, weshalb wir gesetzliche Maßnahmen zur Sicherstellung des Reallohnes gefordert haben, die von den bürgerlichen Parteien des Reichstages abgelehnt worden sind. Wir sind gespannt, wie die Arbeitsgemeinschaft diese Probe bestehen, was bei den Verhandlungen herauskommen wird.

Ueberflüssig war es, zu sagen, daß angesichts der steigenden Brotpreise an einen Lohnabbau „in absehbarer Zeit" nicht zu denken sei. Der hätte ohnedies nicht eintreten dürfen.

## Ein Gnadenrichter

Unter dem starken Druck der Vertreter der Arbeiterklasse, insbesondere unserer Genossen im Reichstag, ist der Regierung das Zugeständnis abgepreßt worden, daß die Bluturteile der Sondergerichte durch besonders für diesen Zweck einzusetzende Gnadenrichter überprüft werden sollen, damit die Beschuldigten dann eventuell zur Begnadigung empfohlen werden können. Jetzt erfahren wir, daß u. a. der Assessor Messow zu einem solchen Gnadenrichter ernannt worden ist. Die Qualifikation dazu hat der Herr erworben als Mitglied jenes Sondergerichts in Wittenberge, das sich vor allem durch außerordentlich harte Urteile auszeichnete. Wir möchten Aufschluß darüber haben, was sich die Justizbehörde bei dieser Ernennung gedacht hat. Es hat fast den Anschein, als wollte sie auch die Gelegenheit dieses Gnadenrichtertums benutzen, um der Arbeiterklasse zu zeigen, daß die Staatsgewalt in der Justiz nur eines der Kampfesmittel der herrschenden Klassen gegen die Arbeiterschaft erblickt. Durch eine solche Ernennung wird das scheinbare Entgegenkommen an die Arbeiterklasse, das in dieser Maßnahme liegt, in frechen Hohn verwandelt.

## Vom Strandleben der Bewußt Deutschen

Im Ostseebadeort Zinnowitz prangte ein Anschlagzettel auf dem amtlichen schwarzen Brett, der folgenden Text aufwies:

„Bei der Freilichtbühnenaufführung eines deutschvölkischen Stückes am 30. Juli werden 30 Statisten gebraucht. Je zehn blonde Herren, Damen und Kinder, die sich in den Dienst der guten Sache stellen wollen, werden gebeten, sich Montag abend 8 Uhr in der Lesehalle zu melden. Zweckverband zur Freihaltung des Ostseebades Zinnowitz für deutschblütige Kurgäste. — Unter Hinweis auf unsere Anzeige im diesjährigen Badeprospekt bitten wir die Bewußt-Deutschen Kurgäste, wie auch die Ortseingesessenen um Mitarbeit, insonderheit auch um Beitritt."

Eigentlich ist es ja noch einigermaßen verdienstvoll, wenn die Deutschvölkischen danach trachten, unter sich zu sein. Solche deutschblütigen Freilichtkomödien sind von denen am leichtesten zu ertragen, die nicht dabei sind.

## Das Koalitionsrecht der Soldaten

### Geßler verbietet den Reichswirtschaftsverband

Der Reichswehrminister hat vor einigen Tagen folgende Verfügung erlassen:

„Auf Grund des § 37 des Wehrgesetzes verbiete ich den Soldaten (Offizieren, Unteroffizieren und Mannschaften) die Zugehörigkeit zum Reichswirtschaftsverband deutscher derzeitiger und ehemaliger Berufssoldaten und zum Deutschen Offiziersbund. Ich halte mich zu diesem Verbot aus grundsätzlichen Erwägungen im Interesse von Staat und Wehrmacht verpflichtet, weil ich in der Art der Organisation und Betätigung dieser Verbände eine Gefahr für die Disziplin, die Kameradschaft und den inneren Zusammenhang der Truppe erblicke, wenn auch den Bünden selbst, wie ich gern anerkennen will, die Absicht, disziplinstörend zu wirken, ferngelegen hat. Um etwaige Härten bei dem Ausscheiden der Soldaten aus den Wohlfahrtseinrichtungen dieser Verbände zu vermeiden, ermächtige ich die Wehrkreiskommandeure und Marine-Stationschefs, für das Ausscheiden aus den Wohlfahrtseinrichtungen Uebergangsbestimmungen zu treffen, und ersuche, mir über die Anordnungen zum 15. August d. J. Bericht zu erstatten."

Das Reichswehrgesetz verbietet den Soldaten den Beitritt zu politischen Vereinen. Soweit der Deutsche Offiziersbund in Betracht kommt, kann dem Verbot Dr. Geßlers die Berechtigung nicht abgesprochen werden. Denn dieser Bund hat wiederholt politische Kundgebungen erlassen und dabei ganz scharf Stellung gegen die Reichsregierung genommen, vor allem, als von dieser das Ultimatum unterzeichnet wurde. Anders verhält es sich mit dem Reichswirtschaftsverband der Berufssoldaten. Diese Organisation verfolgt rein wirtschaftliche Ziele. Bei der Beratung des Wehrgesetzes ist über die Bestrebungen des Verbandes eingehend gesprochen worden und niemand konnte den Nachweis führen, daß der Verband irgendwelche politischen Ziele verfolgt. Fest steht nur, daß der Verband während des Kapp-Putsches sich verpflichtet fühlte, die Soldaten zu veranlassen, der alten Regierung die Treue zu wahren. Die reaktionären Offiziere und die rechtsstehende Presse haben dieserhalb eine gewaltige Hetze gegen den Verband betrieben. Das von Reichswehrminister Dr. Geßler ausgesprochene Verbot scheint die Frucht dieser Hetze zu sein.

Sachlich liegen die Dinge so, daß die Soldaten nunmehr keine Organisation mehr haben, an die sie sich anlehnen können. Sie sind jetzt in jeder Einzelfrage den Offizieren schutzlos preisgegeben. Denn es ist selbstverständlich, daß die Offiziere, so weit das Geßlersche Verbot die Mannschaften trifft, alles tun werden, um das Verbot rücksichtslos durchzuführen. Das Verbot gegen den Deutschen Offiziersbund ist hingegen nur formell von Bedeutung; praktisch wird es nie zur Durchführung kommen, weil die Offiziere nicht so einfältig sein werden, Richter gegen sich selbst zu spielen. Und Herr Geßler? Dessen schwächliche Hand wird nicht dorthin reichen, wo reaktionäre Offiziere politische Treibereien gegen die Regierung begehen.

Wir glauben nicht fehl zu gehen, wenn wir hinter dem Verbot einen hochpolitischen Plan vermuten. Die Treibereien gegen die Republik nehmen in letzter Zeit in geradezu erschreckender Weise überhand. Wir erinnern nur an die Rüstungen der Orgesch und an die Drohungen, die von dieser Seite ausgestoßen werden. Ein Blick in die Rechtspresse zeigt ebenfalls deutlich an, wo gegenwärtig das politische Barometer steht. Muß sich da angesichts einer solchen Sachlage nicht der Gedanke aufdrängen, daß ganz ernsthaft ein militärischer Gewaltstreich gegen die Republik geplant ist, daß aus diesem Grunde den Soldaten ihr letzter Rückhalt genommen werden soll, um sie für den Streich mißbrauchen zu können, und daß der Reichswehrminister Dr. Geßler in seiner Naivität das Opfer reaktionärer Hintermänner geworden ist, als er das Verbot gegen den Reichswirtschaftsverband aussprach?

## Die Juwelen des Prinzen Friedrich-Leopold

Prinz Friedrich Leopold von Preußen macht wieder mal von sich reden in der Angelegenheit der Begleichung seiner Schulden. Jetzt ist die Nachricht aufgetaucht, daß er in der Schweiz doch **Juwelen im Gesamtbetrage von 20 Millionen Mark** besitzt. Mit diesen Juwelen verhält es sich folgendermaßen: Seit ungefähr Jahresfrist ist das Preußische Finanz-Ministerium, daß durch Gerüchte von Angestellten des Prinzen von einem Juwelenschatz unterrichtet wurde, mit der Untersuchung beschäftigt. Dabei hat sich herausgestellt, daß der Prinz Juwelen **in einer Berner Bank verpfändet bzw. mit Vorkaufsrecht verkauft hätte**, die nach Schätzung eines deutschen Juweliers einen reinen Materialwert von 550 000 schweizer Franken darstellten. Der Vertreter des Preußischen Finanzministeriums, dem die Begleichung der Schweizer Schulden des Prinzen oblag, hat schließlich zu Händen des Finanzministeriums diese Juwelen ausgehändigt bekommen und sie sind auf einer Berner Bank für den Preußischen Staat auf den Namen des Preußischen Finanzministeriums hinterlegt.

**Bis jetzt ist noch nicht geklärt, wie die Juwelen nach der Schweiz gekommen sind.** Der Bericht des deutschen Konsuls in Lugano, dem die Befriedigung der Gläubiger oblag, ist noch nicht in Berlin eingetroffen. Sobald das Material an Ort und Stelle ist, wird eine Untersuchung eingeleitet, und sollte sich der Verdacht herausstellen, daß die Juwelen auf unrechtmäßigem Wege ins Ausland gekommen sind, wird die Angelegenheit der Staatsanwaltschaft übergeben werden. Mit Genehmigung des Finanzministeriums sind, wie die P. P. N. wissen wollen, keine Juwelen nach der Schweiz gelangt.

So wirkt die Hohenzollern-Clique beim „Wiederaufbau des Vaterlandes" mit. Sie handeln natürlich nur aus echter vaterländischer Gesinnung, für die den Republikanern im neuen Deutschland leider nur das Verständnis abgeht. Der edle Sproß des Hohenzollernstammes wollte die Juwelen, selbstverständlich nur vor dem „Zugriff" der Entente schützen, um den Schatz dem Vaterlande für bessere Zeiten zu bewahren. Und wir sprechen hier ausdrücklich nur davon, daß Friedrich Leopold den Zugriff der Entente fürchtet, denn der republikanischen Behörden wegen, die doch auch an solchen Dingen interessiert sein können, brauchte er sich nicht zu beunruhigen. Sie sind seit Jahresfrist „mit der Untersuchung beschäftigt"!

## Der arbeiterfeindliche Oberpräsident

Im Machtbereich des Oberpräsidenten Noske sind die Landarbeiter in den Ausstand getreten. Seit Anfang Januar hat der deutsche Landarbeiterverband sich um das Zustandekommen eines Tarifabschlusses bemüht. Aber vergebens. Die Unternehmer lehnten fortgesetzt alle angestrebten Verhandlungen ab, obgleich durch die Bewilligung der elfstündigen Arbeitszeit für die Sommermonate eine Basis gegeben war. Nun haben die Landarbeiter zum letzten Mittel gegriffen: zur Verweigerung der Arbeit. Was aber tut der „Sozialdemokrat" Noske? Weit davon entfernt, die Gutsbesitzer zu Verhandlungen mit dem Landarbeiterverband zu zwingen, hat er die Einsetzung der Technischen Nothilfe zur gewaltsamen Unterdrückung des Streiks angeordnet und die Gendarmerie verstärken lassen. Der Vorstand des rechtssozialistischen Unterbezirks Unter-Elbe hat deswegen einen Brief an Noske gerichtet und unter Darlegung der Verhältnisse den Schritt Noskes als eine feindliche Haltung gegen die Arbeiter bezeichnet.

Ob das einen Noske kümmert? Nicht daran zu denken! Er bleibt seinem als Oberbefehlshaber aufgestellten Vorsatz, den streikenden Arbeitern die Knochen zu zerschlagen, auch als Oberpräsident von Hannover treu. Noske ist aber noch Mitglied der S. P. D. und durch diese Partei zum Oberpräsidenten eingesetzt worden. Die Verantwortung an der Tatsache, daß Noske die Möglichkeit zu seiner arbeiterfeindlichen Politik hat, trifft also in hohem Maße die rechtssozialistische Partei selbst. Gegen die müssen die Arbeiter die Folgerungen ziehen.

## Betrogene Betrüger

Die Allmächtigen der Moskauer Internationale, die keinen Gleichberechtigten neben sich dulden, die heute noch in der Moskauer Internationale nichts anderes sehen, als ein Instrument zur politischen Meuchelung der nicht nach ihrer Pfeife tanzenden Führer der Arbeiterschaft, die nichtsdestoweniger aber die Massenschlächter Enver Pascha und Kemal Pascha als würdige Mitglieder der kommunistischen Internationale feierten, haben jetzt endlich auf dem dritten Kongreß der Moskauer Internationale eine schallende Ohrfeige für ihre bornierte Politik entgegennehmen müssen. Während wir fortgesetzt auf das zweifelsfreie konterrevolutionäre-nationalistische Verhalten besonders Kemals hinwiesen, haben die Sinowjew und Konsorten immer aufs neue den Arbeitern einzureden versucht, Kemal und die Kemalisten seien ein gewaltiger Machtzuwachs der Moskauer. Jetzt mußten sich die Moskauer Diktatoren von dem Delegierten der Türkei, der das Wirken Kemals aus nächster Nähe kennt, bestätigen lassen, daß Kemal nichts als ein Betrüger und die Moskauer Betrüger und Betrogene zugleich sind. Der Delegierte der Türkei führte nach dem Bericht der „Roten Fahne" aus:

„Der Delegierte der Kommunistischen Partei der Türkei sagte in seiner Rede, daß die Arbeiter und Bauern der Türkei nach dem Kriege gegen die Unterdrückung der Entente aufstanden, daß diese Bewegung aber keine großen Erfolge zu verzeichnen hatte. **Kemal Pascha, der Führer der sogenannten nationalen Bewegung in Anatolien, gebraucht zur Aufrechterhaltung seiner Herrschaft dieselben Mittel, wie seinerzeit der Sultan Abdul Hamid.** Die Paschas, die das Volk betrügen wollten, haben sich zu einer Partei zusammengeschlossen, **die mit Unrecht den Namen einer kommunistischen Partei trägt.** Die anatolischen Soldaten, die Arbeiter und Bauern, haben aber den Betrug durchschaut und scharen sich in immer größeren Massen um die Kommunistische Partei der Türkei. **Wenn Kemal Pascha mit seiner gestrigen Politik nicht bricht, werden die arbeitenden Massen ihn von seinem Posten verdrängen.**"

Sinowjew, der Hauptbeschützer Kemals und Envers konnte sich angesichts dieser niederschmetternden Anklage nicht enthalten zuzugeben: „Bei Kemal Pascha werden die revolutionären Arbeiter und Bauern und die Kommunisten ebenso verfolgt wie im sozialdemokratischen Deutschland. Wörtlich nach der „Roten Fahne". Leider haben wir noch immer kein sozialdemokratisches Deutschland. Doch das ist nicht so sehr von Belang. Solche logischen Sprünge gehören nun einmal zur unverfälschten Kommunistischen Politik. Wesentlicher jedoch ist, wie Sinowjew hier glatt zugeben muß, daß sein Schützling Kemal ein bluttriefender Konterrevolutionär ist. Als Kemal Pascha zur dritten Internationale kam, erhielt er von Rußland Waffen. Jetzt kann er sie ungestört zum Massenmord an revolutionäre Arbeiter und Bauern anwenden. Und er tut es so ungestört wie ungeniert. Dennoch liest man kein Wort darüber, Kemal aus der Moskauer Diktatoren-Gemeinschaft auszuschließen. Ausschluß droht nur jenen, die nicht unentwegt zum Moskauer Evangelium des Terrors schwören. Damit ist denn auch genügend erklärt, daß Sinowjew ganz und gar „vergaß", neben dem Terror im „sozialdemokratischen" Deutschland auf die brutalsten Verfolgungen und Einkerkerungen sozialistischer Revolutionäre im kommunistischen Rußland hinzuweisen.

## Trotzki bremst

### Mißbilligung der Märzaktion

O. E. Terioki, 19. Juli.

Auf dem Kongreß der kommunistischen Jugend-Internationale bezeichnete Trotzki in seiner Rede die gegenwärtige Zeitspanne als Uebergangsperiode der Revolution. Wenn das Proletariat nicht den Sieg davontrage, werde der Zusammenbruch der Kultur die Folge sein. Man müsse den Sturz der Bourgeoisie nicht mechanisch nach einer Schablone herbeiführen wollen, sondern mit kühler Ueberlegung und Ausdauer. **Es gehe nicht an, die Massen durch einen kleinen Vortrupp ersetzen zu wollen.** — wie dies die Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands wolle (und die V. K. P. D. es tut! D. Red. d. „F."). Indem Trotzki gegen die Vorwürfe Stellung nahm, die von linkskommunistischer Seite gegen die Taktik der Dritten Internationale erhoben werden, erklärte er, von einer Rechtsschwenkung der Kommunistischen Internationale könne nur dann die Rede sein, wenn man die Forderung einer sofortigen Offensive für linksradikal hält. Es sei irrig, zu behaupten, die russischen Kommunisten hätten durch Anknüpfung von Beziehungen mit Westeuropa eine Schwenkung nach rechts gemacht. Für Sowjetrußland sei nach wie vor der Ausbruch einer Revolution in Deutschland und Frankreich wichtiger als der bescheidene Auslandshandel. Wenn man jedoch darauf hinweise, die russischen Kommunisten hätten den Märzaufstand in Deutschland zur Unterstützung Sowjetrußlands entfesselt, so übersehe man, daß vereinzelte Aktionen keine Hilfe für Rußland bedeuten.

Und dennoch mußte Levi ausgeschlossen werden!

**Hölz wird nicht begnadigt.** Es wird gemeldet: Gegenüber einer Zeitungsnachricht, nach der erwogen wird, eine Begnadigung oder geringere Strafe des Kommunisten Hölz durchzusetzen, erfährt die „Telegraphen-Union" von zuständiger Stelle, daß man an solche Vergünstigungen überhaupt nicht denkt. — Diese Meldung verbreitet die nach Stinnesgeld stinkende „T.-U." mit der Ueberschrift: „Keine Sorgen um Hölz". Die Möglichkeit eines Aktes der Menschlichkeit bereitet dieser Gesellschaft also Sorgen und dem Spießer wohl gar schlaflose Nächte.

**Die Lohnkrise im Saargebiet.** Um dem geplanten Lohnabbau im Saargebiet entgegenzuwirken, proklamierte der elsässische Metallarbeiterverband für alle ihm angehörigen Arbeiter die passive Resistenz. Darauf legten zahlreiche bedeutende Eisenwerke ihre Betriebe still und sperrten die Arbeiterschaft aus.

**Die Vorbereitung der Abrüstungskonferenz.** Der amerikanische Minister des Aeußeren Hughes wird nächste Woche Besprechungen mit London und Tokio führen. Chile hat seine moralische Unterstützung für die Abrüstungskonferenz ausgesprochen.

# Der Streik in den Universitäts-Kliniken

## Die Moral mit dem doppelten Boden

Gestern haben die in den Berliner Universitätskliniken und Polikliniken, zu denen auch die Anstalten der Charitee gehören, beschäftigten Volontärassistenten beschlossen, die Arbeit zum Donnerstag einzustellen, wenn bis dahin ihre Forderungen nicht bewilligt worden sind.

In der Versammlung, die sie am Dienstag abgehalten hatten, wurde mitgeteilt, daß sich auch die Volontärassistenten an den anderen Universitäts-Kliniken in Preußen der Bewegung anschließen wollen. Es handelt sich bei dieser Arbeitsniederlegung zwar nur um einen verhältnismäßigen kleinen Kreis von Personen, an deren Lage aber durch die besondere Art ihrer Tätigkeit weite Bevölkerungsschichten interessiert sind. Wenn der Streik der Volontärassistenten längere Zeit dauern sollte, so würden gerade die minderbemittelten Volksschichten, die vor allen Dingen auf die Universitätskliniken angewiesen sind, in Mitleidenschaft gezogen werden.

Ueber die Vorgeschichte der Bewegung haben wir wiederholt berichtet. An den Berliner Anstalten werden etwa 160 Aerzte beschäftigt, die zwar für ihren Beruf noch nicht als voll ausgebildet gelten, die aber die hauptsächlichsten Prüfungen hinter sich haben und deshalb als approbiert bezeichnet werden können. Was aber die Hauptsache ist: sie leisten die Arbeit vollwertiger Aerzte, und wenn man diese Volontärassistenten nicht zur Verfügung hätte, so würde man eben praktische Aerzte an ihre Stelle setzen und ihnen entsprechende Gehälter zahlen müssen. Die Volontärassistenten bekommen keinerlei Gehalt für ihre Tätigkeit, im Gegenteil, vom 1. August ab sollen die Volontäre, die in der Charitee wohnen müssen, noch eine Entschädigung für Essen und Wohnung entrichten. Die Volontärassistenten verlangen nunmehr, daß diejenigen von ihnen, die eine unentbehrliche und notwendige Arbeit leisten, eine Bezahlung in einer Höhe erhalten, die ihnen die Lebensmöglichkeit gewährt. Sie selbst schätzen deren Zahl für Berlin auf 123, die Leiter der Kliniken hatten im April d. Js. die Zahl mit 108 angegeben.

In der vorigen Woche hatten die Vertreter der Volontärassistentenvereinigung durch Vermittlung unseres Genossen Dr. Weyl eine Unterredung mit dem Kultusminister Dr. Becker, der die sofortige Erfüllung der wichtigsten Forderungen versprach. Dieses Versprechen ist aber nicht innegehalten worden. Es sind in dem Notetat lediglich 900 000 Mark für diesen Zweck eingestellt worden. Die Regierung will nur 50 Assistenten mit einem Jahresgehalt von 9600 Mark entschädigen, wofür etwa 500 000 Mark erforderlich sind; der Rest ist für eine Anzahl Volontärärzte an Universitätskliniken in der Provinz bestimmt. Aber selbst von dieser bescheidenen Summe haben die Volontärassistenten bisher nichts gesehen, es ist deshalb begreiflich, daß sie nicht länger mehr warten wollen, sondern die Arbeitsniederlegung beschlossen haben, wenn nicht noch bis zum Donnerstag die Forderung, 108 Volontärärzte mit einem Gehalt anzustellen, bewilligt wird.

Aus der hier genannten Summe ergibt sich, wie lächerlich gering der Wert des Objekts ist, um den sich der Kampf der Volontärärzte dreht. Was wollen selbst 2 bis 3 Millionen Papiermark bei einem Gesamtetat besagen, der viele Milliarden umfaßt? Es ist gewiß zu verstehen, daß die preußische Regierung sparen will; aber als Kulturschande muß bezeichnet werden, daß diese Sparsamkeit gerade bei der Hygiene beginnt. Für unkulturelle und unproduktive Ausgaben stehen trotz der bedrängten Finanzlage immer noch Riesensummen zur Verfügung; wir brauchen in diesem Zusammenhang nur auf die Ausgaben für die Reichswehr hinzuweisen. Sobald es sich aber um soziale Dinge, um Forderungen der Hygiene und der Volkswohlfahrt handelt, dann sind die Taschen des Fiskus leer. Im Gegensatz dazu muß daran erinnert werden, was auch für den kommenden Stadtverordnetenwahlkampf nicht ohne Bedeutung ist, daß die Stadt Berlin den Volontärärzten bereits eine Entschädigung für ihre Tätigkeit zahlt. Sowohl vom kulturellen, wie vom sozialen Standpunkt muß also verlangt werden, daß das Kultusministerium sofort die Forderungen der Volontärassistenten bewilligt. Finanztechnische und etatrechtliche Bedenken können dabei keine Rolle spielen; wir möchten die parlamentarische Mehrheit sehen, die es wagen würde, die nachträgliche Bewilligung der Gelder für diesen Zweck abzulehnen!

In die Bewegung der Volontärassistenten spielen allerdings noch Tendenzen sozialer Natur hinein, die eine besondere Beachtung verdienen. Der größte Teil dieser jungen Aerzte ist durch die Revolutionierung des Wirtschaftslebens in eine außerordentlich bedrängte Lage gekommen. Sie mögen sich selbst noch für Glieder des gutbürgerlichen Gesellschaftskörpers halten, in Wirklichkeit zählen sie, sozial betrachtet, zu den proletarischen Existenzen, die ihren Kampf um Verbesserung ihrer Lebenshaltung gemeinsam mit der arbeitenden Bevölkerung führen müßten. Sie haben also alles Interesse daran, so schnell wie möglich ein Einkommen zu beziehen, das ihnen die Fristung der notdürftigsten Existenz gewährleistet und daneben noch die weitere Fortbildung ermöglicht. Auch dem Staat, wenn er als Vertretung der gesamten Bevölkerung gelten will, müßte daran gelegen sein, daß diese jungen Aerzte nicht schon zur Gründung einer brotbringenden Existenz in einem Stadium schreiten, in dem ihre Ausbildung noch nicht als abgeschlossen bezeichnet werden kann.

Der kleinere Teil der Assistenzärzte stammt allerdings aus gutsituierten Familien, ihnen kommt es nicht darauf an, eine längere Zeit auf ihre Ausbildung zu verwenden, selbst wenn sie dabei nichts verdienen. Diese sozial bessergestellten jungen Aerzte bilden ein beliebtes Ausbeutungsobjekt für gewisse „Löwen" der medizinischen Wissenschaft. Manche Spezialärzte von europäischem Rufe beschäftigen Assistenten, die bei ihnen eine vollwertige Arbeit leisten müssen, ohne daß sie in entsprechender Weise bezahlt werden. Es kommt vielfach vor, daß die Patienten, wenn sie die Klinik berühmter Männer betreten, von solchen Assistenzärzten bedient werden, die selbst nichts für ihre Tätigkeit erhalten, wohl aber dafür sorgen, daß dem leitenden Arzt erkleckliche Honorare zufließen. So kommt es dahin, daß die spezialwissenschaftliche Ausbildung der jungen Aerzte immer mehr zum Privileg der Angehörigen der besitzenden Klassen wird, wogegen die minderbemittelten Aerzte sich beeilen müssen, ihre allgemeine Ausbildung zu beenden. In der jetzigen Bewegung haben sich diese verschiedenartigen Tendenzen noch nicht bemerkbar gemacht, aber es ist nicht ausgeschlossen, daß die von Hause aus bessergestellten Aerzte den Streik nicht bis zum Ende mitmachen.

In der bürgerlichen Presse findet die Bewegung der Volontärassistenten an den Universitätskliniken volle Unterstützung. Es werden keinerlei Einwendungen gegen die beabsichtigte Arbeitsniederlegung erhoben; das ist deshalb erklärlich, weil die Bourgeoisie die Aerzte als einen Teil ihrer Klasse ansieht und deshalb von vornherein ihre Forderungen für berechtigt hält. So erfreulich es für die Volontärärzte ist, daß ihnen auch aus dem bürgerlichen Lager Unterstützung zuteil wird, so muß man doch darauf aufmerksam machen, daß das Bürgertum mit ganz anderem Maße mißt, wenn Arbeiter oder Angestellte um Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu kämpfen wagen. Dieselbe „Vossische Zeitung" beispielsweise, die sich in ihrer Dienstagmorgenausgabe auf das lebhafteste für die Forderungen der Volontärassistenten einsetzt, trotzdem eine Schädigung der Volkswohlfahrt entstehen muß, wenn die Arbeitsniederlegung zur Tatsache wird, läßt keine Gelegenheit vorübergehen, um die Lohnbewegungen der Arbeiter in der öffentlichen Meinung herabzusetzen. So hat das Blatt noch am Sonntag einen langen Artikel über „die ewige Buddelei" in Berlin gebracht, indem darüber Klage geführt wird, daß die Straßenumbauten kein Ende nehmen. Der Berichterstatter des Blattes hat sich bei dem Oberingenieur der Straßenbahn erkundigt und der erklärte „mit bedauerlichem Achselzucken", daß alle Umbauten schon längst beendigt sein würden, wenn nicht seit acht Wochen die Rüdersdorfer Zementarbeiter im Streik ständen. Ohne Zement könne man aber nicht weiter bauen, und jetzt sei man bereit, sich dieses Material aus Hannover zu beschaffen. Ironisch meint der Artikelschreiber, daß die Berliner wohl noch bis in den Herbst hinein „statt Straßenbahn Berg- und Talbahn" fahren würden, weil die Streikleitung in einem Aufruf sage, daß die Arbeiterschaft in ruhiger Besonnenheit und zum Durchhalten entschlossen der Dinge harre, die da kommen sollen. Aber diese ironische Art der Betrachtung läßt erkennen, worauf es dem Blatte ankommt. Die „sozialistische" Stadtverwaltung soll bloßgestellt werden, weil sie infolge des Streiks einer Kategorie von Arbeitern nicht imstande ist, die Straßenbauten so zu beschleunigen, daß das geruhige Bürgertum seine Rechnung dabei finde.

Hier kann man wieder einmal sagen: Ja, Bauer, das ist etwas anderes! Wenn Vertreter des Kapitals wahnsinnige Profite einsacken, wenn Angehörige des Bürgertums oder die dafür gelten wollen, Forderungen auf bessere Bezahlung stellen, so finden sie den Beifall der bürgerlichen Presse. Sobald aber Arbeiter und Angestellte, die unter der Last ihres Elends fast zusammenbrechen, Ansprüche auf Verbesserung ihrer Lage stellen, so werden sie von derselben Presse ohne weiteres der Verdammnis überliefert. Wir wünschen der Bewegung der Volontärassistenten an den staatlichen Kliniken vollen Erfolg; wir wünschen aber weiter, daß auch in ihren Kreisen die Erkenntnis von der Notwendigkeit des gemeinsamen Kampfes mit dem Proletariat durch diese Bewegung gefördert wird!

## Pöhner macht Schule

In dem an einem wunderschönen Fleck des Fichtelgebirges gelegenen Städtchen Wunsiedel hielt die Sozialistische Proletarier-Jugend Bayerns am vergangenen Sonntag eine Konferenz ab. Für den Samstag vorher war eine öffentliche Jugendversammlung anberaumt, in der Genosse Eisner sprechen sollte. Eine Anzahl auswärtiger Jugendgenossen und -genossinnen waren erschienen. Das alles war Grund genug, die Wunsiedeler Polizei auf die Beine zu bringen. Am Samstag erschien bereits um 6 Uhr abends der Polizeisekretär im Versammlungslokal. Die Versammlung war ordnungsgemäß angemeldet und behördlich genehmigt. Als nun die Versammlung infolge des geringen Besuches um ½9 Uhr noch nicht eröffnet war, erklärte der Polizeigewaltige, daß er die Versammlung verbieten müsse. Vom Referenten verlangte er Kraft seines Amtes eine Legitimation.

Die ganze Handlungsweise scheint vom dortigen Bürgermeister auszugehen, der bereits im Frühling einmal drei Gedichte aus einem zur Genehmigung vorgelegten Programm für einen Elternabend der Sozialistischen Proletarier-Jugend gestrichen hatte, und zwar mit der Begründung, das wäre Aufreizung zum Klassenhaß! Die Gedichte waren Freiligraths Werken entnommen, die in jeder Buchhandlung zu haben sind. Die sozialistische Arbeiterbewegung will man hemmen und schikanieren, wo sich irgend eine Handhabe bietet, während man für die christliche Bewegung vor Wohlwollen trieft. Pöhner kann zufrieden sein: wie in München, so sorgen auch im übrigen Bayern pflichteifrige Beamte dafür, daß die „Ruhe und Ordnung" nicht gestört wird.

## Der Niederneuendorfer Kanal

### Eine Anregung für die produktive Erwerbslosenfürsorge

Von fachkundiger Seite wird uns geschrieben: Ueber den Teltowkanal schrieb Regierungsbaumeister Erich Block in dem Sonderdruck der „Elektrotechnischen Zeitschrift", Heft 22—25, Jahrgang 1916:

„Der in den Jahren 1901/1916 erbaute Teltowkanal ist ursprünglich nicht aus der Absicht heraus entstanden, einen bequemeren Wasserweg für den Durchgangsverkehr von der Oder zur Elbe oder umgekehrt zu schaffen, den Anlaß gab vielmehr die Schwierigkeit der Entwässerung der südlich und westlich von Berlin im Kreise Teltow gelegenen Vorortgemeinden. Aus dem Entwurf eines Vorflutkanals entstand dann schließlich der heutige Teltowkanal!

Für den hiermit der produktiven Erwerbslosenfürsorge empfohlenen Bau des Niederneuendorfer-Havelländischen Hauptkanals, auch „Großer Graben" genannt, der von Niederneuendorf bei Spandau bis Hohenau an der Havel führt, trifft dasselbe zu. Er war vor dem Kriege schiffbar, eine Schleuse ist auch noch vorhanden. Der Kanal kürzt den Lauf der Havel durch eine ziemlich gerade Verbindung zwischen Niederneuendorf bei Spandau, dem Austritt aus der Havel, und Hohenau, dem Wiedereintritt in die Havel. Das Projekt besteht in der Wiederschiffbarmachung des Kanals, zuerst vielleicht bis Nauen. Der Kanal liegt ziemlich hoch und könnte sowohl der Entwässerung, wie auch — durch Stauwerke und Schleusen — der Bewässerung dienen. Durch die Entwässerung könnten weite Strecken sumpfigen Bodens der Volksernährung durch Erzeugung von Lebensmitteln nutzbar gemacht werden, die sonst nur durch Drainage urbar werden würden. Ferner würden durch den Kanalbau selbst, wie durch die Besiedlung des Kanalgeländes viele neue Lebens- und Erwerbsmöglichkeiten zugunsten der Erwerbslosen geschaffen werden. Der Transport der Baumaterialien könnte auf dem bequemen Wasserwege stattfinden. Zur Siedlung bereite und geeignete Leute sind genug vorhanden.

Stellenweise führt der Kanal durch bereits bebautes und besiedeltes Land. Hauptbedingung wäre, daß in erster Linie Landsiedlung stattfindet und daß jeder Bodenwucher, der sofort einsetzen würde, wenn das Projekt Annahme fände, ausgeschlossen ist. Der Morgen Land dürfte nicht mehr als etwa 1000 Mark kosten.

Die Privatspekulation, die seinerzeit den Boden beim Teltowkanal unerhört verteuerte, muß unbedingt verhindert werden, wenn das Land einer großzügigen Landsiedlung und keiner Villensiedlung nutzbar gemacht werden soll, die nur den kapitalistischen Kreisen zugute käme. Es müßte vielmehr eine Siedlung geschaffen werden, die es im Rentengutsverfahren den minder- und unbemittelten Kreisen ermöglichte, das jetzt zum großen Teil aus Moor- und Luchboden bestehende Gelände der Volksernährung dienstbar zu machen.

Das ließe sich auf folgende Weise bewerkstelligen: An den Stellen, wo der Kanal durch den Wald führt, wäre auf beiden Seiten ein schmaler Streifen von etwa 10 Morgen in Kleinsiedlungen anzulegen. Intensive Obst- und Gemüsezucht in Verbindung mit Hühnerzucht müßte die Hauptaufgabe der Ansiedler sein. Besonders die Hühnerzucht könnte ersprießlich und lohnend betrieben werden, da ja die Hühner einen großen Teil ihrer Nahrung in dem angrenzenden Walde finden, diesen durch Vertilgung von Raupen und Ungeziefer von Schädlingen befreien und auf diese Weise dazu beitragen, daß der Wald erhalten bleibt.

Auch an den Stellen, wo kein Wald ist, sondern weite Flächen freies Land, würde es aus leicht ersichtlichen Gründen richtiger sein, wenn die kleinen Rentengüter, die Gemüse- und Obstbau treiben, direkt am Kanal liegen. Obst und Gemüse leiden beim Transport auf Wagen und Eisenbahnen außerordentlich. Bei der Neuanlage des Kanals müßte gleich dafür gesorgt werden, daß diese landwirtschaftlichen Erzeugnisse auf dem Wasserwege bis zum Verbraucher nach Berlin geschafft werden können. Größere Bauerngüter haben ja zumeist Pferde und Wagen, um ihre Produkte zu befördern, bei den jedoch hier in Anregung gebrachten kleinen Landhaltungen lohnt es sich zumeist nicht, Pferde zu halten.

Das für dieses Projekt aufgewendete Kapital ist durch die Schaffung neuer Werte produktiv und verzinst sich direkt, wie auch indirekt. Der Meliorationskredit kann hier in Anspruch genommen werden, auch kann vor Beginn der Arbeiten durch Ausgabe von Landlosen, auf die vielleicht eine kleine Anzahlung zu leisten wäre, die eventuelle Zahl der Siedler festgestellt werden. Siedler, die sich bei den Bauarbeiten beteiligen, könnten bei der Verteilung der Rentengüter bevorzugt werden. Vom Meliorationsamt in Nauen soll ein Regierungsrat Zaim schon bei der Schleuse in Brieselang Erhebungen angestellt haben, ob der Kanal zur Bewässerung und Entwässerung geeignet wäre.

Vor ungefähr 150 Jahren wurden auf dem 550 Quadratmeter umfassenden Oderbruch, dessen Entwässerung, Eindeichung und Urbarmachung in siebenjähriger Arbeit gelang, nahezu 100 Dörfer angesiedelt.

Was damals gelang, muß jetzt erst recht möglich sein. Es sei nochmals darauf hingewiesen, daß durch intensive Gemüse- und Obstzucht (Fruchtwechsel- und Anzuchtbeet) es möglich ist, den Bodenertrag zu steigern.

**Zeitungsverbot im besetzten Gebiet.** Die „Pfälzische Bürgerzeitung" wurde wegen eines Artikels über die Sanktionen für drei Tage verboten.

## Die Sorge um die Existenz

### Auch ein Beitrag zur Einigungsfrage

Der Rechtssozialist August Müller, der sich in der Oeffentlichkeit von andern Müllern durch stete Betonung seiner ehemaligen Staatssekretäreigenschaft unterscheidet, behandelte vor wenigen Tagen in einem im „8 Uhr-Abendblatt" erschienenen Artikel die sozialistischen Einigungsbestrebungen. Er wägt Tendenzen und Gegentendenzen dabei ganz geschickt ab und sagt u. a. von der S. P. D., daß sie evolutionistisch mit starkem bürgerlichen Einschlag im Gegensatz zur U. S. P. blieb. Das brauchen wir uns ja nicht erst von August Müller, Staatssekretär a. D., in einem bürgerlichen Blatt bestätigen zu lassen und wir können die daran geknüpften näheren Bemerkungen übergehen. Indessen scheint uns ein anderes Geständnis nicht unbeachtlich zu sein, das der Rechtssozialist Müller über seine engeren Freunde, die er ja aus nächster Nähe kennen muß, abgibt. Müller schreibt wörtlich:

**„Von nahezu allen Mehrheitssozialdemokraten, die durch die Revolutionskonjunktur zu Stellung, Macht und Einfluß gelangt sind, kann man sich aus mancherlei Gründen schlechterdings überhaupt nicht vorstellen, daß die Einigungsbestrebungen durch sie gefördert werden könnten."**

Wohlverstanden: das schreibt nicht irgend ein unabhängiges Blatt, sondern das schreibt der Rechtssozialist August Müller. Und nicht einmal in einer Polemik gegen seine eigene Partei, sondern in der geschichtlichen Betrachtung und Würdigung der zur Einigung drängenden Tendenzen!

Wir sind bisher nicht gewahr geworden, daß einer unserer Genossen solche Betrachtungen angestellt hat, wohl aber hat kürzlich der Braunschweiger rechtssozialistische „Volksfreund" geschrieben:

„Aber vor der Sozialdemokratie ... da faßt die U. S. P. ein berechtigtes Grauen — **wenigstens die Führer, die zu ihrem Unglück ihre ganze Existenz mit dieser Partei verknüpft haben."** ... **„Ja, was tut man nicht alles um seine Existenz!"**

Und mit ähnlichen perfiden Unterstellungen hat gerade in diesen Tagen das rechtssozialistische Blatt unsern Genossen Crispien bedacht. Ja, es sind herrliche Sinekuren, die sich den Genossen, von denen wir wünschen, daß sie ihre ganze Kraft für unsere Bewegung einsetzen, in unserer Partei bieten! Wie viel geplagter und wie viel schlechter gestellt ist da nicht so ein rechtssozialistischer Oberpräsident, Oberbürgermeister und gar ein Minister und Reichspräsident!

Nein, wer zu Aemtern drängt, wer die Kriegs- und Revolutionskonjunktur im persönlichen Sinne ausnutzen wollte, dem gibt die U. S. P. die schlechtesten Möglichkeiten. Gefängnis, Zuchthaus und Tod war stets der Lohn der Revolutionäre. Und wer solche Opfer seiner Gesinnung wegen scheut, der hat längst die Partei gewechselt und sich jenen angeschlossen, die näher bei den gefüllten Kassen stehen.

Wir sind nun weit entfernt, die von Rechtssozialisten gegen uns erhobenen Verdächtigungen zurückzuschleudern auf die gesamte rechtssozialistische Partei, aber wir meinen, daß eine Partei, gegen die eines ihrer eigenen Mitglieder eine so furchtbare Anklage erhebt wie August Müller, am wenigsten Beruf hat, bei Andersdenkenden Gesinnungslumperei vorauszusetzen.

**Arbeiterbewegung in Polen.** Der Textilarbeiterstreik in Lodz, der kürzlich ausgebrochen ist, hat sich trotz der Schlichtungsbemühungen des Arbeitsministers Darowski weiter ausgedehnt und auf Tomaszow übergegriffen. Laut „Gazeta Poranna" droht der Ausbruch eines allgemeinen Metallarbeiterstreiks.

HERMANN

# TIETZ

117

Leipziger Strasse • Alexanderplatz
Frankfurter Allee

# Billige Glas-, Porzellan- u. Wirtschaftsartikel

Nur Leipziger Strasse, Mittwoch, 20. Juli, Donnerstag, 21. Juli, finden praktische Vorführungen im Ausstellungssaal im 4. Stock statt:

**Wie wecke ich am billigsten am schnellsten am besten ein?**

## Emaille

| | |
|---|---|
| Schmortöpfe blau, innen weiss | 11⁵⁰ 14⁰⁰ 17⁰⁰ |
| Kasserollen | 6⁵⁰ 7⁵⁰ 8⁵⁰ |
| Kaffeekannen | 7²⁵ 8⁷⁵ 10⁵⁰ |
| Stielpfannen | 4⁵⁰ 5⁵⁰ |
| Durchschläge | 4⁷⁵ 5⁵⁰ |
| Brühsiebe Stück | 3²⁵ 3⁷⁵ |
| Waschschüsseln mit Seifenapf | 7⁵⁰ |
| Kaffeeflaschen 1 Ltr. | 3²⁵ 1½ Ltr 4⁰⁰ |
| Eimer grau, ca. 28 cm | 12⁵⁰ 19⁵⁰ |
| Wannen ca. 55 cm | 35⁰⁰ |

## Aluminium

| | |
|---|---|
| Schmortöpfe mit Deckel von | 16⁰⁰ bis 29⁷⁵ |
| Kasserollen mit Holzgriff, Satz 3 Stück | 60⁵⁰ |
| Wasserkessel | 42⁵⁰ |
| Schüsseln | 13⁵⁰ |
| Trinkbecher | 1⁵⁰ |

## Wirtschaftsartikel

| | |
|---|---|
| Brotschneidemaschinen Rundmess. | 34⁵⁰ |
| Fleischmaschinen mit 4 verschiedenen | 29⁵⁰ |
| Gasplätten vernickelt, m. 2 Platten und 1 Erhitzer | 65⁰⁰ |
| Wandkaffeemühlen | 48⁵⁰ |
| Holzkaffeemühlen | 24⁵⁰ |
| Brotkörbe fein lackiert | 9⁷⁵ |
| Leitungsschoner fein lackiert | 17⁰⁰ |
| Tabletts in Eichen- und Buchenholz | 6⁰⁰ |
| Kohlhobel | 14⁵⁰ |
| Waschbretter mit Zinkeinlage | 5⁷⁵ |

**Waschtische** mit 2 Zwischenböden und 2 Handtuchhaltern und Aufsatz ..... **65⁰⁰**

**Zinkwannen** mit Holzboden, in guter Ausführung ..... **65⁰⁰ 90⁰⁰ 125⁰⁰**

**Gazeglocken** rund und oval von **3²⁵** bis **8⁷⁵**

**Karbidlampen** für Garten-, Lauben- und Balkonbeleuchtung, lackiert, mit Glocke ... **7⁵⁰**

## Stahlwaren

| | |
|---|---|
| Esslöffel Aluminium | 65 Pf. 85 Pf. |
| Kaffeelöffel Aluminium | 35 Pf. 45 Pf. |
| Vorleger Aluminium | 5⁷⁵ |
| Essmesser Aluminium | 4⁵⁰ |
| Dessertmesser Aluminium | 4⁰⁰ |

## Steingut

| | |
|---|---|
| Waschbecken | 8⁷⁵ 14⁷⁵ 18⁷⁵ |
| Terrinen Steingut | 7⁰⁰ 8⁷⁵ |
| Kartoffelschüsseln Steingut | 6⁷⁵ |
| Teller Steingut, tief oder flach | 1²⁵ |

## Porzellan

| | |
|---|---|
| Teller tief oder flach | 3⁷⁵ |
| Tassen weiss | 1⁷⁵ 1⁹⁵ bunt, gold 3⁹⁵ |
| Kompotteller gepresst, weiss, Glas | 75 Pf. |
| Bierbecher Flora, weiss, Glas | 2⁶⁵ |

## Nickelwaren

| | |
|---|---|
| Gebäckkasten m. Nickeldeckel | 26⁵⁰ |
| Nickelkörbe Majolikaeinsatz, oval und rund | 13⁰⁰ 16⁵⁰ |
| Butterdosen mit Glasschüssel u. Nickeldeckel | 18⁵⁰ |
| Teedosen Glas, mit Nickeldeckel | 15⁰⁰ |
| Untersätze mit Majolikaeinsatz | 9⁵⁰ |

## Bürstenwaren

| | |
|---|---|
| Stubenbesen schwarz | 12⁰⁰ |
| Stubenhandfeger schwarz | 7⁷⁵ |
| Stiefelglanzbürsten schwarz | 3⁵⁰ |
| Scheuerbürsten | 2²⁵ |
| Rohrklopfer dreistöckig | 3⁷⁵ |


## Theater und Vergnügungen

**Volksbühne** Sommerdirektion 7½ Uhr: **Der Kaiserjäger**

Direktion: Max Reinhardt. **Deutsches Theater** 7½: Potasch u. Perlmutter

**Kammerspiele** 7½ Uhr: Der Herr, der die Maulschellen kriegt

**Großes Schauspielhaus** Karlstraße 8 Uhr: Die Weber (Außer Abonnement)

**Berliner Theater:** Täglich 7.30 Uhr: DAS Milliarden SOUPER

Theater i. d. **Königgrätzer Str.:** Gastspiel Ctr-Bühne Innsbruck: 7.30 Uhr: Der Pfarrer von Kirchfeld. Dann.: Die Kreuzelschreiber

**Komödienhaus:** Allabendlich 7.30 Uhr: Der blonde Engel von Robert Winterberg. Paul Heidemann a. G., Josefine Dora a. Staatsth. a. G., Ingeborg der Straaten, Ida Narsen, Georg Baselt, Kurt Busch, Julius Rogge.

**Residenz-Theater** 7½ Uhr: Max Adalbert in 1919 — Ab dafür

**Trianon-Theater** Täglich 7½ Uhr: Lady Windermeres Fächer

**Kleines Theater** Täglich 7½ Uhr: Casanovas Sohn

**Komische Oper** 7½. Die Oper 7½. Alt-Heidelberg

**Theater am Nollendorfplatz** 7½ Uhr: Der Vetter aus Dingsda

**Walhalla-Theater** 7½ Uhr: Die Scheidungsreise

**7½ Apollotheater 7½** Friedrichstraße 218. Täglich: Tip-Tip Hurra! oder Der Sport-Schlemihl mit Wilhelm Hartstein

**Lessing-Theater** Direkt.: Victor Barnowsky. Allabendlich 7½ Uhr: Die Ballerina des Königs (Konstantin, Götz)

**Deutsch. Künstl.-Theater** 7½ Uhr: Geständnis (Ralph, Korff, Otto).

**Wallner-Theater** Wallnertheaterstraße 35. 7½ U.: „Cavalleria rusticana" und „Bajazzo"

**Rose-Theater** 7½ Uhr: Der arme Millionär

**Berliner Prater** Kastanien-Allee 7-9. Täglich 4½ Uhr: „Variété" Wenn Engel streiken! Operette in 3 Akten

Theater a. Cottbuser Tor: **Elite-Sänger.** Vom 16.—31. Juli: Gastspiel d. Original-Leipziger Fritz-Weber-Sänger. Täglich 7½ Uhr. Vorf. 11-1½, u. 4-6 Uhr

**METROPOL** VARIETÉ-KABARETT. Behrenstraße 54. 7½ Uhr: Persönliches Auftreten: Johannes Riemann und Dora Schlüter in Cocain (Sektkübel) und 9 weitere Attraktionen

**Neue Welt** Arnold Scholz. Hasenheide 108/114. Mittwoch, den 20. Juli: Konzert u. Spezialitäten-Vorstellung. III. Gr. Erntefest. Grosser Ernte-Umzug. Kindertheater: Kinderspiele und Kinderbelustigungen aller Art, wie Topfschlagen, Sackhüpfen, Wettlaufen, Kinder-Fackelzug. Um 6 Uhr: Aufsteigen des Luftballons „Neue Welt". Anfang 4 Uhr ununterbrochen. Einlaß 3 Uhr. Die Kaffeeküche ist von 2 Uhr ab geöffnet. Voranzeige: Donnerstag, den 21. Juli Gr. Kunst- u. Frontenfeuerwerk


**Münzen :: Briefmarken** kauft Großmann, Johannisstr. 4. Zugang a. d. Friedrichstr. (Nr. 108) Norden 10621

**Platin, Gold-, Silberbruch Zahngebisse** kauft Uhrmacher zu reellem Tagespreis. Neukölln, Bergstraße 140. Eingang Goethestr. im Laden. Täglich von 9—7 Uhr. Vorzeiger dieses erhält Mk. 3.— beim Verkauf. Straßenbahnlinien: 47, 48, 22, 46, 7, 15, 53, 10. 5 Min. vom Ringbahnhof Neukölln.

Tüchtige **Telefonistinnen** jedoch nur solche, die längere Zeit in selbständigen Stellungen in großen kaufmännischen Betrieben tätig waren, sofort gesucht. Meldungen: 12-2 Uhr mittags 5-6 Uhr abends. **A. Jandorf & Co.** Belle-Alliance-Straße 1-2

**Konto-Korrent-Buchhalterin** per sofort gesucht. Vollständig vertraut mit doppelt-amerikanischer Buchführung. Persönliche Vorstellung am Mittwoch, den 20. Juli, vormittags zwischen 10 und 12 Uhr. **Verlagsgenossenschaft „Freiheit" Berlin C2** Breite Straße 8-9

Kriegsanleihe wird zu 84% in Zahlung genommen!

**Unglaublich billig**

| | |
|---|---|
| Impr. Mäntel | 145.– |
| Impr. Seidenmäntel | 240.– bis 350.– |
| Sportjacken, Trikot, blau | 40.– |
| Sportjacken, Wolle 148.–, Kunstseide | 140.– |
| Covertcoatmäntel | 168.– |
| Mantelkleider | 240.–, 355.– |
| Lodenmäntel | 276.– |
| Lodenkostüme | 385.– |
| Kindermäntel | 69.– |
| Praktische Ulster | 126.– |
| Gummimäntel für Damen | 274.– |
| Gummimäntel für Herren | 345.– |
| Sommerkleider | 62.– bis 270.– |
| Stoffröcke | 44.– bis 186.– |

**Jetzt noch:** Plüschmäntel 580, Astrachanmäntel 300, Pelzmäntel, wunderb. Ausf. 2350, 3800, 4700

**Westmann**

I. Geschäft: Berlin W8, Mohrenstrasse 37a — 2. Geschäft: Berlin NO, Gr. Frankfurter Str. 115


**Deutscher Metallarbeiter-Verband** Verwaltungsstelle Berlin

**Todes-Anzeige**

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Rohrleger **Wilhelm Decker** am 17. Juli gestorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 21. Juli, nachm. 4 Uhr, von der Leichenhalle d. II. Schöneberg. Friedhofes, Blankenfelde, aus statt.

**Nachruf**

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schmied **Theodor Schley** Berlin, Lychener Str. 30, am 12. Juli gestorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Ortsverwaltung.


**Glühlampen** Halbwattlampen und sämtl. Elektro-Installat.-Material kauft **Schröder, Bernauer Str. 101** Rathaus. III.

**Zeißfeldstecher** 6- und 8fach, kauft ständig **M. Steckelmann, Berlin W9, Potsdamer Str. 135** (Lützow 9289).

**Geld** für jede Wertsache. Höchste Ankaufspreise für Pfandscheine, Brillanten, Goldgegenstände, Teppiche, Bücher usw. **Wolff, Friedrichstr. 41, III.** Ecke Kochstraße.


Bezirkl. Lichtenberg-Stadt 6. Viertel

Den Genossen zur Nachricht, daß die Genossin **Österreich** Kochstraße 55 verstorben ist. Ehre ihrem Andenken! Die Einäscherung findet Donnerstag, den 21. 7. 2 Uhr nachm., im Krematorium Baumschulenweg statt. Rege Beteiligung erwartet. Die Bezirksleitung.


**Westmanns** Trauer-Magazin. Große Auswahl. Billige Preise. I. Mohrenstr. 37 (Kolonnaden). II. Gr. Frkf. Str. 115 (nahe Andreasstr.). Auswahlsendung (el. Amt Zentrum 7890). Sonntags geschlossen.


**Allgemeine Ortskrankenkasse für Adlershof und Umgegend**

Zu einer **außerordentl. Ausschußsitzung** am Freitag, d. 22. Juli 1921, nachm. 5 Uhr, im Restaurant Baschin zu Adlershof, Schönefelder Straße 3-4, lade ich hiermit die Vertreter der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber ein.

Tagesordnung: Betrifft Erwerb des Erholungsheims in Niederschreiberhau in Schlesien.

Adlershof, d. 18. Juli 1921. Der Vorstand. Max Knappe, Vorsitzender.

## Deutscher Metallarbeiter-Verband

**Verwaltungsstelle Berlin • N 54, Linienstrasse 83—85.**

**Geschäftszeit von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr. Telephon: Amt Norden 185, 1239, 1987, 9714.**

## An die Mitglieder des D.M.V. der Verwaltungsstelle Berlin

Die Wahl der Delegierten zum Verbandstag findet für die Verwaltungsstelle Berlin am **Sonntag, den 24. Juli 1921, vormittags 10 Uhr bis nachmittags 1 Uhr, und am Montag, den 25. Juli 1921, von 2 bis 6 Uhr nachmittags,** statt. Die Wahllokale sind unten angeführt.

**Alle Kollegen und alle Kolleginnen,** die von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen wollen, **müssen mit ihren Beiträgen auf dem laufenden sein, daß heißt, sie dürfen nicht länger als sechs Wochen mit ihren Beiträgen rückständig sein.** Alle Kollegen und Kolleginnen sind deshalb verpflichtet, dafür Sorge zu tragen, daß ihr Buch am Tage der Wahl in Ordnung ist.

Die Wahl ist eine **geheime**; sie erfolgt mittels Stimmzettel. Die Ortsverwaltung wird dafür Sorge tragen, daß jeder Wähler **unbeaufsichtigt von dritten Personen** die nicht zulässige Liste auf dem Stimmzettel durchstreichen kann. Alles nähere im Ausing des Wahlreglements (siehe Nr. 26 der „Metallarbeiter-Zeitung"). Alle Kollegen und alle Kolleginnen werden ersucht, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen. Die Vertrauensleute haben **hauptsächlich** darauf zu achten, daß alle Kollegen von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen.

**Als Wahlleiter für den Bezirk Berlin ist von der Ortsverwaltung der Kollege Otto Ziska, Linienstr. 83/85, bestimmt.**

### Wahl Lokale

**Norden:**
1. Rentwich, Linienstr. 105
2. Büttner, Schwedter Str. 23
3. Gliesche, Kopenhagener Str. 74
4. Knapp, Grünthaler Str. 6
5. Fritsch, Transheimer Str. 4
6. Döhling, Brunnenstr. 79
7. Carus, Bellastr. 37
8. Krüger, Hussitenstr. 33
9. Leuschner, Ackerstr. 110
10. Tams, Schlegelstr. 9
11. Giebel, Pankstr. 82
12. Wende, Kolonistr. 147
13. Noß, Mauerstr. 12
14. Tritzler, Seestr., Ecke Müllerquerstr.
15. Barleben, Burgsdorfstr. 13
16. Zimmer, Fehrbellinerstr. 6
17. Koch, Hennigsdorfer Str. 13
18. Klinge, Sellerstr. 14
19. Steinhauer, Gerichtstr. 71
20. Elgt, Gerichtstr. 74

**Nordosten:**
21. Späth, Georgenkirchstr. 65
22. Kuwaski, Greifswalder Str. 191

**Osten:**
23. Bähr, Stralauer Allee 47
24. Rosin, Gubener Str. 19
25. Pilzecker, Blumenstr. 34
26. Köhler, Mozartstr. 14

**Südosten:**
27. Greiner, Rungestr. 20
28. Gewerkschaftshaus, Engelufer 15
29. Prasser, Kochhannstr. 29a
30. Benoit, Adalbertstr. 4
31. Grohnke, Grünauer Str. 17
32. Hellmuth, Görlitzer Str. 54

**Süden:**
33. Bleukle, Boppstr. 1
34. Nowak, Gutschmidstraße 66
35. Winter, Ritterstr. 117

**Südwesten:**
36. Spörer, Gneisenaustr. 30
37. Topp, Alte Jakobstr. 1
38. Rathmann, Wilhelmstr. 118

**Westen:**
39. Meyer, Lützowstr. 7
40. Wiemer, Lützowstr. 58

**Nordwesten:**
41. Oelschläger, Beelitzhofstr. 5
42. Sturz, Hattenstr. 7
43. Thielemann, Waldenserstr. 19
44. Kaiser, Gotzkowskystr. 34
45. Krüger, Putlitzstr. 15

**Zentrum:**
46. Hummel, Sophienstr. 5

**Adlershof:**
47. Michael, Bismarckstr. 73

**Brumschweigweg:**
48. Boges Nachflg., Baumschulenstr. 14

**Charlottenburg:**
49. Nebel, Salzufer, Ecke Englische Str.
50. Werner, Wallstr. 96
51. Thunack, Wielandstr. 4
52. Müller, Osnabrücker Str. 27
53. Peter, Kaiserdamm 23

**Cöpenick:**
54. Schulz, Bahnhofstr. 34
55. Augustin, Rosenstr., Ecke Kirchstr.

**Friedrichshagen:**
56. Timius, Friedrichstr. 121

**Hasselhorst:**
57. Lehmann, Waldschlößchen

**Hohenschönhausen:**
58. Marquardt, Berliner Str. 85

**Kaiserhof i. M.:**
59. Kreter, Rodenstr. 49

**Lichtenberg:**
60. Prill, Kaiserstr., Ecke Magazinstr.
61. Blume, Boxhagener Str. 62
62. Zur Wartburg, Frankfurter Allee am Bahnhof Lichtenberg-Friedrichsfelde
63. Seibke, Kronprinzenstr. 47
64. Bittermann, Möllendorfstr. Ecke Herzbergstr.

**Mariendorf:**
65. Streiter, Chausseestr. 27
66. Knauer, Graßbeerenstr.

**Neukölln:**
67. Kaiser, Boddinstr. 58
68. Ideal-Kasino, Weichselstr. 8
69. Picknick, Okerstr. 5
70. Prüßel, Treptower Str., Ecke Braunschweiger Str.
71. Rückheim, Bergstr., Ecke Lahnstr.
72. Cognac-Quelle, Hermannstr. 159, am Bahnhof

**Niederschöneweide:**
73. Tesch, Grünauer Str. 5

**Oberschöneweide:**
74. Imberg, Wilhelminenhofstr. 34

**Pankow:**
75. Schmidt, Florastr., Eingang Görschstr.

**Reinickendorf:**
76. Jugendheim, Scharnweberstr. 115
77. Miethe, Eichborndamm 49
78. Weding, Berliner Str. 111

**Rosenthal:**
79. Feind, am Bahnhof

**Schöneberg:**
80. Rosenthal, Eberstr. 66

**Seegefeld:**
81. Wulf, Hauptstr. 13

**Siemensstadt:**
82. Marland, Nonnendammallee
83. Sundheim, Nonnendammallee
84. Kant, Siemensstr., Ecke Hertzstr.

**Spandau:**
85. Zur letzten Minute, Bahnhofstr. 2
86. Wohlfeil, Hamburger Str. 51
87. Kohlschmidt, Neuendorfer Str. 89
88. Windt, Pichelsdorfer Str. 8

**Staaken:**
89. Wolff, Spandauer Str.

**Steglitz:**
90. Borgmann, Rheinstr. 49
91. Henke, Flensburger Str. 7

**Tegel:**
92. Lehnhardt, Berliner Str. 84

**Tellow:**
93. Staar, Teltower Str.

**Tempelhof:**
94. Bürgergarten, Berliner Str. 165

**Treptow:**
95. Wäschke, Heidebergerstr. 81

**Waidmannslust:**
96. Schweizerhaus, Tiefstr. 24—26

**Weißensee:**
97. Masche, Berliner Allee 251
98. Pleß, Rennbahnstr. 4

**Wilhdau:**
99. Kasino, Schwartzkopffstr.

**Die Ortsverwaltung.**

# Groß-Berlin

## Das Dirndl

Folgende hübsche Betrachtung lesen wir in einem unserer Provinzblätter:

Zurück zur Natur, sagte ein gewisser Rousseau. Ein Franzose, der ausnahmsweise recht haben soll. Aber denken wir nicht daran. Denn der Deutsche hat mehr Anrecht auf Rousseausche Zitate als der Franzose, wie ja überhaupt alle großen Männer und ihre Verdienste in deutsches Eigentum übergegangen sind.

Also: das „Zurück zur Natur“ ist eine deutsche Losung. Eine Parole, die aufwärts zeigt. Aufwärts aus dem Sumpf der Gegenwart. Eine Stütze, die wir brauchen, seit wir die angestammten Monarchen und damit allen inneren Halt verloren haben.

Wo ist in Deutschland noch Natur? Wo ist Schollenduftiges, Bodenstämmiges? Wo ist in Deutschland der Busen der Natur, aus dem — markenfrei — die Muttermilch der Volkskraft fließt?

Doch höchstens Bayern! Ja, wenn wir Bayern nicht hätten! Bayern, das bedeutet: Deandeln, Buahn, Busseln, Watschen, Schuhplattéln und andere föllijetonistische Rosinen . . .

Beweisen wir also unsere Zugehörigkeit, unsere Seelenbrüderschaft zu diesem letzten Hort des deutschen Volkstums; Durch was beweist man? Durch Aeußerlichkeiten. Heutzutage trägt man seine Gesinnung auf der Krawatte oder am Rockkragen. Der eine den Sowjetstern, der andere das Hakenkreuz . . .

Diesmal aber sind die Männer die Feiglinge. Sie schämen sich ein „Hüatl mit Gemsfeder“ aufzusetzen, eine Uhrkette mit Sauzahn, Kniehosen mit Troddeln und Lederschutz für den edelsten Körperteil, Wadenstrümpfe mit Einlage und genagelte Schuhe zu tragen . . . Diese Memmen lassen sich vom weiblichen Geschlecht beschämen.

Von der Frau Kommerzienrat Karoline Blumenreich, 92½ Kilo schwer, Jahrgang 1870-71. Sie trägt Dirndl. Natürlich aus prima Ware. Erstklassige Spitzen über dem doppelteiligen Meerbusen von Neapel, im Zeichen des Sonnenuntergangs. Eine Brillantengirlande von einem Balkon zum andern. Aber trotzdem immer noch Dirndl. Das Kostüm bringt die mannigfache Kapitalanlage vorn und hinten sinnreich zum Ausdruck. Beglückt empfinden wir das Wiedererwachen der ländlichen Romantik.

Dann das Fräulein Rosamunde Lieblich, letzter aber hinreichend länglicher Sproß einer an den Folgen der Kirchenaustrittsbewegung verstorbenen Pastorenfamilie. Batikt selber und gehört dem Vorstand von drei Wohltätigkeitsvereinen an. Unerweckte Jungfräulichkeit dämmert schon schüchtern hinter dem Brusttuch, ihr Dirndlkleid ist Selbstfabrikat. Eigenes Muster, eigene Farbenzusammenstellung, Expressionistisch-Erlauschtes über den Schulterblättern. Kein Mann kann vorübergehen ohne Scham, daß er je gedacht, das Weib sei ihm zur Lust geschaffen.

Dann die Rosel vom Wandervogel E. V., das Mannweib. Braun, barfuß, ungekämmt. Ein Dirndlkleid aus Sacktuch, schmucklos, bloß mitten auf der Brust ein großes Ornament wie das Frankfurter Stadtwappen. Man sieht sie selten ohne Laute. Wenn sie von ihren männlichen Wandergefährten geknipst wird, tritt die Klampfe in Aktion, sonst nicht. Das ewige Stimmen und das über die Saiten wehende Büschel Bänder, sinnspruchbedeckt, hindert daran. Seit sie Rabindranath Tagore liest, hat ihr Gesicht einen Zug von Weltvergessenheit, der sich auch auf das Dirndlkleid überträgt.

Und dann die Frau Syndikus vom Frauenbund. Im gefährlichen Alter. Mutter von zwei Kindern. Ein drittes im Anzug, nein, im Dirndlkostüm. Trotzdem: Dirndl. Aber mit Hut. Das Neueste. Dazu Florstrümpfe und Stöckelschuhe. Eine stolze Fregatte mit Sommersegeln, die nach allen Seiten winken, neben ihrem Mann, einem verdrossen rauchenden dicken Schlepper.

Also: Dirndls überall! Hinterm Kinderwagen, auf dem Flirt, im Salon, hinterm Ladentisch.

Von den wirklichen Dirndln trägt keine mehr das bunte Kleid der Jugend, seit die alten Jahrgänge diese Flaggen gehißt haben. Und in Bayern wundern sie sich, daß der Fasching im übrigen Deutschland bis in den Spätherbst anhält.

## Die außerordentliche Beihilfe für langfristige Erwerbslose

Der Reichstag hatte eine Entschließung angenommen, wonach den Gemeinden für die langfristig Erwerbslosen, die mehr als 26 Wochen erwerbslos sind, eine besondere Beihilfe zu gewähren ist, die es den Gemeinden ermöglicht, die nötigen Anschaffungen an Kleidung und Schuhwerk für die Erwerbslosen und ihre Angehörigen vorzunehmen. Der Reichsarbeitsminister hat zur Ausführung dieses Beschlusses, der im Einvernehmen mit der Reichsregierung gefaßt worden ist, folgendes bestimmt:

Als durchschnittlicher Betrag, der für den einzelnen langfristig Erwerbslosen aus Mitteln des Reiches, des Landes und der Gemeinde auszuwerfen ist, sind im Einvernehmen mit dem Reichsfinanzminister 600 Mark festgesetzt worden. Dieser Betrag, vervielfacht um die Anzahl der langfristig Erwerbslosen, die ohne Hinzuzählung der Familienangehörigen an einem Stichtag in einer Gemeinde vorhanden sind, darf in keiner Gemeinde überschritten werden. Die Beihilfe soll nach den Beschlüssen des Reichstags und der Reichsregierung grundsätzlich nur in Sachleistungen, Bekleidungsgegenständen und Schuhwerk, gewährt werden. Als Stichtag für die Berechtigung zum Bezuge ist ein Tag zwischen dem 1. und 31. Juli d. Js. festzusetzen. Der Betrag, der für diese Sonderbeihilfe aus Reichsmitteln aufgewendet wird, soll nach dem Wunsche der Reichsregierung die Summe von 30 Millionen nicht übersteigen.

## Dr. Rudolph aus der Haft entlassen

Im Laufe des gestrigen Tages ging uns folgendes Telegramm zu:

Wildbad (Württemberg).

„Erfahre soeben maßlose Schwindelmeldungen über mich. Bin zur Kur und nicht in Haft. Erwarte vollständiges Dementi. Bin entschlossen, nach Wiedererlangung der Gesundheit meine zahlreichen Gegner dadurch zu widerlegen, daß ich sie durch hervorragende Leistungen auf sozialem Gebiete beschäme.

Dazu meldet die gestrige „B. Z.“ folgendes: „Wie wir telephonisch aus Wildbad erfahren, verhält es sich hiermit folgendermaßen: Dr. Rudolph ist vor einigen Tagen dort durch das Berliner Polizeipräsidium verhaftet worden. Er wurde dem Amtsgericht zugeführt. Gestern ist Dr. Rudolph indessen nach mehrtägiger Haft wieder entlassen worden, weil die Beweise und Belege zu dem Berliner Verhaftungsersuchen nicht eingetroffen waren, so daß der Amtsrichter sich außerstande sah, die Haft weiter aufrechtzuerhalten.“

Die Veröffentlichungen über Dr. Rudolph-Franzke sind von amtlicher Stelle ausgegangen. Nachdem die Berliner Presse bereits einige Tage mit der größten Ausführlichkeit darüber berichtet hat, was dem Dr. Rudolph alles zur Last gelegt werden müsse, haben auch wir in der Sonntagnummer der „Freiheit“ den Bericht einer amtlich informierten Korrespondenz wiedergegeben. Um so merkwürdiger erscheinen uns jetzt die vorstehenden Meldungen und wir erwarten, daß der Magistrat die Oeffentlichkeit über diese Vorgänge restlos aufklärt.

**Steuerzahlung.** Die Hauptsteuerverwaltung erinnert durch öffentliche Mahnung an die Zahlung aller im Gebiete der bisherigen Stadtgemeinde Berlin (Verwaltungsbezirke I—VI) noch rückständigen Grund-, Betriebs- und Hundesteuern, insbesondere der Grund- und Betriebssteuer für 1920 und der Hundesteuer für April—September 1921. Es wird auf diese Bekanntmachung aufmerksam gemacht, und besonders darauf hingewiesen, daß nach fruchtlosem Ablauf der Mahnfrist, vom 1. August ab, ohne weiteres die zwangsweise Einziehung der Steuerreste durch Pfändung, insbesondere von Mieten, Gehältern und anderen Forderungen erfolgt. Nach der Verordnung über die Neufestsetzung der Gebühren im Verwaltungszwangsverfahren, vom 29. April 1921 sind auch für die öffentliche Mahnung Gebühren zu entrichten, deren Höhe in dem die öffentliche Mahnung betreffenden Säulenanschlag bekanntgegeben ist.

**Der Magistrat Berlin** hat folgende Rundverfügung erlassen: „Nachdem durch Urteil des O.V.G. vom 16. Juni 1921 sowohl die Stadtverordneten- als auch die sämtlichen Bezirksverordnetenwahlen für ungültig erklärt worden sind, ist die Tätigkeit der Stadtverordnetenversammlung und der Bezirksversammlungen erloschen. Dagegen bleiben die Mitglieder des Magistrats und der Bezirksämter in ihren Aemtern und haben ihre Geschäfte weiter zu versehen. Dasselbe gilt für die Stadtverordneten, soweit sie Mitglieder von Magistrats- und Bezirksdeputationen und -Ausschüssen sind und dann auch für die ehrenamtlich tätigen Bürger.“

**Fünfzigtausend Mark Belohnung, ein Aktienfälscher gesucht!** Im Juni d. J. ist der Versuch gemacht worden, gefälschte Aktien der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg, A.-G., in Augsburg, bei mehreren Berliner Banken zu verkaufen oder zu beleihen. Als Täter kommt ein Mann in Betracht, der sich Richard Gruber nannte und wie folgt beschrieben wird: Mitte bis Ende der zwanziger Jahre, mittelgroß, mittelblond, kleiner blonder Schnurrbart, zuletzt glattrasiert, vermutlich brauner Anzug und Covercoat-Paletot. Gruber hat am 30. Mai und 18. und 19. Juni 1921 angeblich von Frankfurt am M. kommend, Berlin, Hedemannstraße 2, in einem Privatlogis gewohnt und wollte nach seiner Angabe zum Fremdenbuch am 26. 4. 96 in München geboren sein. Bei seiner letzten Anwesenheit in Berlin begleitete ihn eine Frauensperson, die etwa zwanzig Jahre alt war und einen roten Hut getragen haben soll. Das Mädchen soll nach eigenen Aeußerungen in Offenbach, wo seine Eltern angeblich wohnen, Servierfräulein gewesen sein. Beide haben bayrischen (fränkischen) Dialekt gesprochen. Gruber ist wahrscheinlich identisch mit einem angeblichen Willy Rathen, der von Frankfurt a. M. aus in derselben Sache an Berliner Banken geschrieben hat und seine Briefe in das dortige Hotel Viktoria und Hospiz Kronenhof in der Scharnhorststraße schicken ließ. In Verbindung mit Gruber steht offenbar ein anderer Mann, der am 15. Mai 1921 in Berlin, Hedemannstraße 2, gewohnt hat, sich Kaufmann Fritz Schäfer, 13. 2. 97 in Fürth geboren, nannte und eleganter als Gruber auftrat. Die hier genannten Personalien sind nach den bisherigen Feststellungen ganz oder teilweise falsch. Die gefälschten Aktien sind auf 29,7 Zentimeter langem und 27,7 Zentimeter breitem, starkem Bücherpapier in schlechter Ausführung auf lithographischem Wege hergestellt. Als Fälscher kommt wahrscheinlich ein Lithograph oder Zeichner in Betracht. Obige Belohnung wird unter Ausschluß des Rechtsweges über die Verteilung an die Personen gezahlt, deren sachdienliche Mitteilungen die Ermittelung und Festnahme der Fälscher und ihrer Komplizen sowie die Aufhebung ihrer Werkstatt ergeben. Solche Mitteilungen werden an die Kriminalpolizei Berlin (Kriminalkommissar Dussa, Georgenkirchstraße 30a) und an die Rechtsabteilung der Deutschen Bank in Berlin erbeten. Der Polizeipräsident: Abteilung IV, Hoppe, Oberregierungsrat.

**Trudchen Neumanns Brillanten „auf Reisen“.** Eine sehr spaßhafte Geschichte, bei deren Verhandlung niemand ernst bleiben konnte, beschäftigte gestern das Schöffengericht. Wegen Pfandentziehung war die angebliche Stütze Gertrud Neumann angeklagt. — Die 22jährige Angeklagte war früher Dienstmädchen und anständig, später wurde sie Hausangestellte und trat als solche mit dem Herrn des Hauses in nähere Beziehungen, die einen längeren Landaufenthalt notwendig machten. Wie „Trudchen“ vor Gericht erzählt, gebe es heutzutage so viele aus Schieberkreisen stammende Scheinkavaliere, die gar nicht wüßten, was sie mit ihrem Gelde anfangen sollten, und auf diese habe sie es abgesehen. — Um auch den nötigen Eindruck zu machen, kaufte sich die Angeklagte bei einem in den Kreisen der weiblichen Passanten der Friedrichstraße bekannten Juwelier ein Paar Brillantohrringe „auf Teilstrecke“, d. h. auf Abzahlung. Als es dann mit der Abzahlung haperte und der Gerichtsvollzieher erschien, um die Brillantohrringe zu pfänden, fand er nur noch die leeren Fassungen vor, die Steine selbst waren verschwunden. Als der pflichteifrige Beamte die beiden Brillanten schließlich in einer Vase versteckt fand, stürzte „Trudchen“ mit einem Wutschrei auf den Beamten los, und ehe es sich dieser versah, waren die wertvollen Steinchen im Munde der Angeklagten verschwunden. Nun war guter Rat teuer. Im väterlich ermahnenden Tone eines alten Sanitätsrats erklärte er dem Mädchen mit dem kostbaren Leibesinhalt, daß häufig durch Fremdkörper tödliche Blinddarmentzündungen entstehen. Hierdurch brachte er das mehr als lebenslustige „Trudchen“ schließlich dahin, sich mit einer kleinen „Operation“ einverstanden zu erklären. In Begleitung seiner vorläufig noch unerreichbaren Pfandobjekte begab er sich nach der nächsten Apotheke, wo ein starkwirkendes Purgiermittel gekauft wurde. In die Wohnung der Angeklagten zurückgekehrt, schluckte Trudchen, schier bleich vor Todesangst, eine erhebliche Quantität jenes Mittels, und nun begann eine längere Zeit des Wartens, während der „Trudchen“ immer bleicher wurde. Plötzlich verschwand sie eilenden Laufes und kam nach einiger Zeit mit dem freudigen Rufe: „Es ist erreicht!“ und einem kleinen, sonst stets sehr verschwiegen gehaltenen Gefäß zurück. Nach einem an das in Südafrika angewendeten sogenannten hydraulischen Verfahren der Diamantengewinnung erinnernden Prozedur erblickten die beiden Pfandobjekte wieder das Licht der Welt. — Der Amtsanwalt beantragte eine Woche Gefängnis, während Rechtsanwalt Müller-Stromeyer geltend machte, daß eine eigentliche Entziehung garnicht vorliege, da der Aufenthaltsort der Pfandstücke ja bekannt gewesen sei, eventl. hätte einem Abhandenkommen durch reichliche Anwendung von Klebesiegeln vorgebeugt werden können. Das Gericht schloß sich diesen Ausführungen an und erkannte auf Freisprechung.

# Felsenbrunner Hof

Von Anna Croissant-Rust

(21. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Dieser Adamsapfel bewegte sich zu gewöhnlichen Zeiten angenehm rhytmisch auf und ab, sah aber in Momenten des Zorns beängstigend aus, als mache er die äußersten Anstrengungen, die „Hülle“ zu zerreißen und selbständig weiter zu existieren. Die Krönung dieses Halselbständig weiter zu existieren. Die Krönung dieses Halses, das Haupt, war wie eine bizarr geformte Kartoffel von ziemlichem Umfang. So sah der junge Mann aus, der sich seiner Stellung als Erzieher, in diesem Falle als Ankläger und Richter, trotz einer gewissen schwitzenden Befangenheit, wohl bewußt war. Diese Befangenheit war nicht nur dem Salon zuzuschreiben, wie Alwine dachte; sie entsprang vor allem dem Bewußtsein, nicht genügend equipiert zu sein, um mit der nötigen Ueberlegenheit auftreten zu können. Einen Augenblick war ihm die türkische Art, sich niederzulassen, im Hinblick auf seine rötlichgrauen ungewichsten Stiefel, als die einzig vernünftige und erstrebenswerte erschienen; aber diese Schwächeanwandlung verging, und er war, die Fußbekleidung mit turnerischer Gewandtheit an den Quatorzestühlen in die Höhe ziehend, bald mit schönem Selbstbewußtsein im Zuge, Alwine seine feststehenden Ansichten über Erziehung im allgemeinen und dann sehr im speziellen für diesen ungewöhnlichen Fall auseinanderzusetzen.

Alwine war Aug und Ohr für den Lehrer. Aeußerlichkeiten hatten keinerlei Bedeutung für sie, wenn es sich um wichtiges handelte.

„Das stimmt!“ sagte sie alle Augenblicke und mit einer Befriedigung in der Stimme, die den Lehrersmann zu immer kühneren Reden antrieb.

„Ihr Bruder Peter hat ohne Zweifel Talent, wertes Fräulein. Meine Schuld ist es jedoch nicht, wenn er es nicht nutzbringend verwendet. Ich bitte der Resultate halber, meine pädagogischen Fähigkeiten nicht allzu gering anschlagen zu wollen; ich bin dem ausgesprochenen Wunsche Ihres Herrn Vaters entsprechend von eiserner Strenge, von eiserner Strenge, wiederholte er und bleckte seine quadratischen Zähne, „aber auch damit erreiche ich nichts. Wenn ich Ihren Bruder belehre oder strafe, sitzt er stumpfsinnig da und stiert in die Luft. Wo soll da die Autorität bleiben? Das verträgt mein Selbstgefühl nicht! Er tut, als sei ihm alles sozusagen grenzenlos egal. Stellt man ihn zur Rede, so sieht er einen ganz verwirrt an — oder tut so, er ist nämlich — es tut mir leid, das sagen zu müssen — in hohem Grade befähigt, sich zu verstellen, es ist —“ hier hüstelte er und rückte den goldenen Stuhl Alwinen näher, „es ist nämlich — hm — kein guter Faden an ihm, wenn Sie gestatten.

Er ist bösartig, heimtückisch, hartnäckig,“ — „sage ich auch!“ frohlockte Alwine, „und seine Erziehung,“ fuhr mit Würde der Lehrersmann fort, „wird wohl eine der schwersten Aufgaben des Pädagogen sein. Man müßte eben Unterstützung haben, wirksame Unterstützung, damit man als Persönlichkeit einschneidend und radikal wirken könnte. Er ist ja ein Objekt (hier bleckte er wieder seine Zähne), ein wundervolles Objekt, aber Raum — Raum! Die weitgehendste Vollmacht müßte man haben,“ er geriet fast in Verzückung bei dem Gedanken an die weitgehendste Vollmacht! Alwine nickte. Das war vernünftig geredet!

„Ich weiß ja, Ihre Frau Mama, — hm — sie dürfte man nicht so ganz einweihen, —“

Hier hustete er, indem er den Zeige- und Mittelfinger seiner rechten Hand steil vor den Mund brachte, wohl mehr um das, was er gesagt, feinsinnigerweise abzuschwächen, als um das Husten zu verdecken.

„— — wenn ich der Unterstützung Ihres Herrn Papas tatsächlich sicher sein könnte —“ —

„Sie meinen?“

„Ich weiß wohl, er liebt diese ganze Angelegenheit nicht. Er sagte mir einmal: „Kommen Sie mir nicht damit, Sie müssen allein mit dem Burschen fertig werden,“ aber, aber! Wenn ich ganz, ganz selbständig verfahren würde“ — ein lauernder und grausamer Zug trat in sein Gesicht, und die Nüstern klappten förmlich auf, wie wenn sie ein Sturmwind aufgeblasen hätte, — „ganz selbständig“, er schüttelte ergeben den Kopf, der gespannte und fast schon befriedigte Ausdruck verschwand, er war wieder unschlüssig, bedauernd und ganz der ergebene Diener des Herrn: „ganz selbständig würde es vielleicht auch nicht genehm sein.“

Alwine erhob sich lebhaft. Ein schöner Eifer kam über sie. „Meiner Unterstützung dürfen Sie sicher sein, Herr Lehrer; ich sympathisiere ganz mit Ihrer Auffassung. Die weichliche und nachgiebige Art, mit der man diese bösartige Natur zu lenken versucht, ist grundfalsch und ganz zu verwerfen. Ich zum Beispiel würde volles Vertrauen zu Ihrer Methode haben. Ich werde mit meinem Vater über diesen Fall sprechen. Rechnen Sie ganz auf mich, und wenn irgend etwas vorkommen sollte: melden Sie es mir zuerst. Nicht wahr? Zuerst mir!?“

Sie streckte ihre Hand verabschiedend, halb kordial, halb herablassend hin, und der lange knochige Mensch, der nun alles glücklich an den Mann gebracht hatte, ergriff Alwines Hand und schüttelte sie mit Macht und konnte erst, nachdem er sich verschiedene Male verbeugt hatte (etwa in der Art eines Messers, das unerwartet auf- und zuklappt), von der Stelle kommen, wobei er trachtete, seine grauroten Bauernstiefel so viel als möglich im Hintertreffen zu halten und Alwine mit den Augen zu „bannen“. Das „Bannen“ nämlich war eine seiner Spezialitäten den Rangen gegenüber.

Kaum daß sich Alwine Zeit ließ, ihm ordentlich Adieu zu sagen, schrie sie schon nach Helene.

„Was ist denn das für eine Art, einfach fortzulaufen? Du hast wohl keine Ahnung, worum sich's handelt? Es handelt sich um nichts mehr und nichts weniger als um die Herrschaft! Ja, guck nur! Der oder wir. Du wirst doch nicht im Ernst meinen, daß Heinrich in Betracht kommt? Das ist mir jetzt klar. Der und Herr von Felsenbrunner Hof! Wenn der Herr wird, der verklopft alles, darauf kannst du Gift nehmen! Und der Vater — — Na, ich hab meine blauen Wunder jetzt überall gesehen! — Es handelt sich um etwas ganz anderes als um schönes Leben und elegante Kleider und Kokettieren mit dem jungen Thomann! — Ich finde es übrigens gemein von dir, so lange mit denen in der Welt herum zu fahren! Wenn das der Vater wüßte!“

„Ach der Vater!“ sagte Helene mit großartiger Gebärde, „so sag's ihm doch, wenn du's nicht lassen kannst!“

Alwine sah ihre Schwester an. Was die für einen überlegenen Ausdruck haben konnte!

„Wie du jetzt immer bist!“ zankte Alwine. „Na, wart' nur, dir wird's schon noch gelehrt werden. Um deiner schönen Augen willen nimmt dich kein Mensch. Da! — da!“ sie machte die bezeichnende Geste des Geldzählens, „wo du nicht bist, Herr Jesu Christ, da schweigen alle Flöten. Arbeit' nur ja um Gotteswillen nichts und werde eine vollendete Dame! Peter, der lernt dir's schon, wenn er groß ist, ja der, der kleine Teufel! Was?“ sie kehrte sich scharf um und schrie das eintretende Mädchen an: „Was die rot Katzebergern, das Gretche? Was will denn die? Laß sie halt rein.“

Gretchen hatte nicht gerade den glücklichsten Moment gewählt. Alwine fuhr sie an: „Was willst du denn? Der Peter is nit da.“

Gretchen knixte nichtsdestoweniger mit außerordentlicher Freundlichkeit.

„Entschuldigen Sie Fräulein (das Mädchen sprach sein bestes Hochdeutsch), ich wollt nur Peters Messerchen zurückbringen, er hat's bei uns verloren.“

(Fortsetzung folgt.)

# Gewerkschaftliches

## Christlich-deutschnationales Renkonter

Vom Zentralverband der Angestellten wird uns geschrieben:

Nach wie vor macht sich die parteipolitische Einstellung des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes in seiner Gewerkschaftsarbeit bemerkbar. Wie weit diese deutschnationalen kapitalistischen Einflüsse schon führen, zeigen deutlich die Ereignisse, die sich in diesen Tagen im Bundesstaat Lippe abgespielt haben.

Die christlichen Gewerkschaften, Bezirk Lippe, die durch den Abgeordneten Biesemeier im Lippeschen Landtage vertreten sind, haben sich bei der Regierungsumbildung für eine Koalition der Sozialdemokratischen und Demokratischen Partei entschlossen.

Das Lippesche Landespräsidium setzt sich nunmehr nach dem Ausscheiden des Deutsch-Volksparteilers Müller aus zwei Sozialdemokraten und einem Demokraten zusammen. Der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband billigt auf Grund der vorerwähnten parteipolitischen Einstellung die Stellungnahme des Deutschen Gewerkschaftsbundes nicht und fordert den Rücktritt Biesemeiers. Aus diesem Grunde hat der Gesamtverband Deutscher Angestelltengewerkschaften für Lippe eine Erklärung gegen den Abgeordneten Biesemeier veröffentlicht. Dieser Erklärung tritt der Vorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes, der sich in 2 Sitzungen mit der Frage der Regierungsbildung beschäftigt hat, nach gründlicher Beratung mit folgendem Beschluß entgegen: 1. Der Vorstand des Gewerkschaftsbundes billigt das Verhalten des Abg. Biesemeier in der Frage der Regierungsbildung. 2. Der Vorstand gibt dem Gesamtverband der Angestellten auf, bis zum 1. August d. J. einen Vertreter für das Landespräsidium namhaft zu machen. Der vorgeschlagene Vertreter muß in seiner politischen Grundauffassung der jetzigen Regierungskoalition entsprechen. 3. Bringt der Gesamtverband der Angestellten bis zu diesem Tage einen annehmbaren Vorschlag nicht, so wird der Vorstand des Gewerkschaftsbundes selber einen geeigneten Vorschlag machen.

Gewerkverein Deutscher Ziegler.
Gewerkschaft deutscher Eisenbahn- und Staatsbediensteter.
Zentralverband christlicher Fabrik- und Transportarbeiter.
Zentralverband christlicher Holzarbeiter.

Aus vorstehender Erklärung geht wohl zur Genüge hervor, wie die Wähler des Abgeordneten Biesemeier über seine Stellungnahme denken. Zum besseren Verständnis sei noch darauf hingewiesen, daß von den Mitgliedern des Deutschen Gewerkschaftsbundes (christlichen. Die Red.) der Gesamtverband deutscher Angestelltengewrkschaften ein Sechzehntel der Gesamtmitgliederzahl ausmacht. Die Angestellten verlangen allerdings, daß sich die fünfzehn Sechzehntel dem Willen der Angestelltenführer unterordnen sollten. Das ist abgelehnt, weil in unserem Gewerkschaftsbunde die Beschlüsse der Mehrheit gelten.

Es ist eine ungewerkschaftliche und freche Zumutung, wenn die Angestelltenführer die Mandatsniederlegung des Abgeordneten Biesemeier verlangen.

Für den Vorstand: Konrad Pottharst, 1. Vorsitzender.

Dieses Zeugnis eines Bundesgenossen charakterisiert wohl am besten die reaktionäre Einstellung des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes. Wenn der D. H. V. auf diesem Wege fortfährt, wird die Zeit vielleicht nicht zu fern sein, in der sich die christlichen Gewerkschaften weigern, weiter mit diesen deutschnationalen Helden zusammen zu arbeiten.

---

## Zur Aussperrung in der Zigaretten-Industrie

Vom Deutschen Transportarbeiter-Verband wird uns folgendes mitgeteilt: Eine Reihe von Berliner Zigarettenfabriken versucht jetzt in der Provinz Zigaretten anfertigen zu lassen. Zu diesem Zwecke wollen dieselben aus ihren Betrieben Tabak, teils in Originalballen, teils bereits geschnitten, in die Provinz hinaussenden. Wir brauchen wohl unsere Mitglieder nicht erst besonders darauf aufmerksam machen, daß eine derartige Arbeit als Streikarbeit anzusehen und daher zu verweigern ist. Ueberhaupt ist jede Arbeit, welche bisher von Ausgesperrten geleistet wurde, von den noch in den Betrieben befindlichen Kollegen abzulehnen.

Ueber den Stand der Bewegung wird in einer Versammlung der Transportarbeiter am Mittwoch, den 20. d. Mts., nachm. 3½ Uhr, im Schultheiß, Neue Jakobstraße 24-25, berichtet werden. Sowohl die ausgesperrten, als die noch arbeitenden Transportarbeiter haben die Pflicht, zu erscheinen.

## Streik auf Bestellung

Wenn unsere Gewerkschaften sich nur die kleinste Verletzung irgendeines abgeschlossenen Tarifs zuschulden kommen lassen, schreit die ganze bürgerliche Presse Zeter und Mordio. Was sich aber in Düsseldorf letzthin ereignete, dürfte in Deutschland ganz vereinzelt dastehen. Das Düsseldorfer Mitteilungsblatt Nr. 28 der freien Gewerkschaften berichtet über ein sonderbares Ansinnen, das an die freien Gewerkschaften in Düsseldorf gestellt wurde. Der Brief hat folgenden Inhalt:

Düsseldorfer Fuhrunternehmer-Verein
für Stadt und Land, e. V.

Düsseldorf, den 17. Juni 1921.

An die Freien Gewerkschaften zu Düsseldorf.

In der Anlage behändigen wir Ihnen eine Beschwerde zur gefl. Kenntnisnahme.

Sie sehen aus der Beschwerde, daß sich unsere Mitglieder entschieden dagegen wehren, daß sich die bauausführenden Firmen auf Kosten der Fuhrunternehmer bereichern und es wäre uns sehr angenehm, wenn Verhandlungen zwischen Ihnen und uns darüber stattfinden würden, daß wir gemeinsam auch noch besonders gegen die bauausführenden Firmen vorgehen und erforderlichenfalls veranlassen, daß uns die an den Bauten beschäftigten Arbeiter in unseren Bestrebungen unterstützen durch Niederlegung der Arbeit, falls dem Uebelstand nicht abgeholfen wird.

Hochachtungsvoll
Der Vorstand: J. A.: Ph. Weber, Vorsitzender, Wehrhahn 32.

---

# Metallarbeiter!

**Die Wahl für die Delegierten zum Verbandstag findet Sonntag, den 24. Juli ab 10 Uhr vormittags und Montag, den 25. Juli von 2—6 Uhr nachm. statt**

**Auf zur Wahl! Keiner fehle!**

**Gebt Eure Stimme nur der freigewerkschaftlichen**

# Liste A

---

Unsere Verbände hatten für diese Zumutung kein Verständnis und lehnten es natürlich ab, Handlanger für besondere Unternehmerwünsche zu spielen. Solche Methoden waren bislang in Amerika an der Tagesordnung und so mancher Gewerkschaftsfunktionär drüben nahm es auf seine Schulter, solchen korrupten Anwandlungen Vorschub zu leisten. Würde von seiten der Gewerkschaften etwas ähnliches propagiert werden, so würde das „unpatriotische" Verhalten unsererseits gebrandmarkt werden. Wir sind begierig, ob die Organe des Kapitals, allen voran die „Arbeitgeber-Zeitung" auf diese Sache zu sprechen kommt, und wie sie die Stellungnahme ihrer Klassengenossen in Düsseldorf kommentieren werden. Hier sehen wir wieder einmal, daß das Unternehmertum auch für einen — Streik Stimmung macht, ihn fördert, wenn seine Profitinteressen dadurch berührt werden.

---

**Tarifbewegung der Angestellten im Zeitungsgewerbe.** Eine Versammlung der Angestellten im Zeitungsgewerbe beschäftigte sich am Montag mit neu zu erhebenden Forderungen. Genosse Meyer erörterte die Wirtschaftslage und wies nach, daß mit den erhöhten Kosten der Lebenshaltung die Tarifgehälter der Angestellten und ganz besonders im Zeitungsgewerbe, nicht mehr in Einklang zu bringen sind. Feldmann behandelte die von der Tarifkommission zu vertretenden Forderungen. Besondere Berücksichtigung verdiene die Bezahlung der Jugendlichen unter 17 Jahren. Für die Stufe A werden 700—1200 M., für Stufe B 950—1575 M. und für Stufe C 1200—1725 M. per Monat gefordert. Dazu kommen noch entsprechende Erhöhungen der sozialen Zuschläge. — Die Versammlung stimmte den Vorschlägen zu und wählte anschließend die Tarifkommission.

**Deutscher Hutarbeiter-Verband.** In der großverzweigten Putzbranche, wo ein großer Teil weiblicher Mitglieder beschäftigt werden, muß leider festgestellt werden, daß bis heute nur ein geringer Prozentsatz sich organisiert hat. Die Lohnverhältnisse sind nun in dieser Branche keineswegs rosige zu nennen, und haben wir unzählige Male festgestellt, daß es noch ein ganz Teil Putzmacherinnen gibt, welche unter den Tarifsätzen arbeiten, obwohl die abgeschlossenen Tarife rechtsverbindlich erklärt sind. Dies muß aufhören. Es liegt im Interesse der Branche, daß alle die, welche bis heute noch der Organisation fernstehen, derselben zugeführt werden. Nur so ist es möglich, Abhilfe zu schaffen. Wir werden uns deshalb mit der Bitte an die Berliner Arbeiterschaft, überall, wo ihr Gelegenheit gegeben ist, mit Putzarbeiterinnen zusammen zu kommen, dieselben auf obige Organisation, Bureau Engelufer 15, Gewerkschaftshaus, Aufgang B, II. Stock, Zimmer 37, zu verweisen. Desgleichen auf die am Freitag, den 22. Juli, im Dresdener Kasino, Dresdener Straße 96, stattfindende Versammlung für Engrosbetriebe um 6 Uhr und für Detailbetriebe um 8 Uhr.

---

## Parteiveranstaltungen

### Leiterinnen der Frauenarbeits- und Kinderschutzkommissionen und Referentinnen.

Donnerstag, den 18. Juli, abends 7½ Uhr, Versammlung in der Arbeiterbildungsschule, Breite Straße 8-9. Vortrag der Genossin Geyer über „Agitation und Organisation". Pünktliches, vollzähliges Erscheinen aller Genossinnen unbedingt notwendig.

Steglitz — Jugendweihe. Kinder, welche Oktober die Schule verlassen und an der Jugendweihe der U. S. P. D. teilnehmen lassen, müssen bis spätestens Montag, den 1. August 1921, bei nachfolgenden Genossen angemeldet sein: Robert Marquardt, Holsteinische Straße 21; Karl Pohns, Treitschestraße 17; Willi Kretschmar, Düppelstraße 12; Karl Jochem, Stephanstraße 8; Paul Müller, Berlinickestraße 5.

### Donnerstag, 21. Juli.

6. Distrikt. Abends 7½ Uhr Sitzung der Frauenarbeitskommission bei Rasenau, Schönwalder Straße 8. Alle interessierten Genossinnen werden hierzu eingeladen, da es sich um den völligen Neuaufbau der Kommission handelt.

12. Distrikt. Alle Armenkommissionsmitglieder werden zu einer gemeinsamen Sitzung mit der Kommunalen Kommission bei Höhne, Stolpische Straße 37, eingeladen.

18. Distrikt (Kreuzberg). 7 Uhr abends Vorstandssitzung bei Vieler, Diefenbachstraße 76.

Bezirk Lichtenberg-Stadt, 8. Viertel. Die Einäscherung der Genossin Oesterreich findet nachmittags 2 Uhr im Krematorium, Baumschulenweg, statt. Rege Beteiligung erwartet die Bezirksleitung.

5. Verwaltungsbezirk, 17. Distrikt. 6½ Uhr Sitzung der Geschäftsleitung mit Abteilungsführern und Obleuten. Vorher Abrechnung. Pünktliches Erscheinen. Wichtige Tagesordnung.

15. Distrikt. 7 Uhr Vorstandssitzung bei Gallas, Georgenkirchstraße, Ecke Barnimstraße. Bestimmt zu erscheinen haben auch die Stadtverordneten und die Bezirksverordneten.

19. Verwaltungsbezirk. Kinderausflug Buchholz—Karow—Buch. Treffpunkte: Pankow-Nord: 8 Uhr vorm. bei Priese, Kissingstraße 10; Pankow-Süd: 8 Uhr vorm. Berliner Straße, Ecke Kaiser-Friedrich-Straße; Nieder-Schönhausen: 8½ Uhr vorm. Rathaus, Blücherstraße; Heinersdorf: 9 Uhr vorm. Bahnhof Pankow-Heinersdorf; gemeinsamer Treffpunkt ebenfalls dort. 50 Pf. Fahrgeld und Rundportal mitbringen.

20. Distrikt (Kreuzberg). Abends ½6 Uhr Abrechnung bei Lier, Naunynstr. 2. Alle Abteilungsführer müssen bestimmt erscheinen.

Lichtenberg, 6. Viertel. 7 Uhr Funktionärsitzung bei Haß, Möllendorffstraße 106. Vollzähliges Erscheinen erwartet die Vierteleitung.

### Freitag, 22. Juli.

5. u. 6. Distrikt. Bildungskommission. Abends 8 Uhr findet eine kurze Besprechung bei Kaiser, Gotzkowskystraße 34, statt.

## Vereinskalender

### Mittwoch, 20. Juli.

Bund der Arbeiter-Musikvereine. Gruppe der Blas- und Streichvereine. Abends 7 Uhr Spielabend mit anschließender Gruppenversammlung im Rosenthaler Hof, Rosenthaler Straße 12.

Karosserie- und Wagenbau. Abends 6½ Uhr im Verbandshaus des Metallarbeiterverbandes, Linienstraße 83-85, Versammlung aller Vertrauensleute der Wagen- und Karosseriefabriken. Tagesordnung: 1. Stellungnahme zum Rahmenabkommen; 2. Stellungnahme zum Lohnabkommen. Das Kartell der Organisationen der Wagen- und Karosseriefabriken Berlin und Umgebung.

### Donnerstag, 21. Juli.

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Gruppe Papier und Pappen engres. Abends 6 Uhr findet in der Schulaula, Stallschreiberstraße 54a, eine wichtige Gruppenversammlung statt. — Gruppe 3a Eisenhandel, Röhrenläger, Maschinenhandel. Abends 6 Uhr auf dem 2. Hof des Gewerkschaftshauses Vollversammlung. Entscheidung über Streik oder Arbeit.

Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten. Vorm. 10 Uhr findet im Rosenthaler Hof, Rosenthaler Straße 11-12, eine Mitgliederversammlung der Branche 4 (Cafékellner) statt. Tagesordnung: 1. Quartalsbericht, 2. Beitragserhöhung, 3. Verschiedenes. Mitgliedsbuch legitimiert.

Verantwortlich: für Politik u. Feuilleton: Leo Lieblich, Berlin-Friedenau; für Kommunalpolitik, Lokales und Gewerkschaftliches: Gerhard Geyer, Mahlsdorf-Süd bei Berlin; für den Inseratenteil u. geschäftliche Mitteilungen: i. V. Gustav Netusch, Berlin NW. — Verlagsgenossenschaft „Freiheit", e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Berliner Druckerei G. m. b. H., Berlin C 2, Breite Straße 8-9.

Hühneraugen
Hornhaut, Schwielen u. Warzen
beseitigt das ärztlich empfohlene millionenfach bewährte
Kukirol
Schachtel M. 3.—. In Apotheken u. Drogerien erhältlich.

Wanzen weg, wie deren Brut
vertilgt restlos nur Kammerjäger Berg's Nicodant!
Erfolg verblüffend. Kinderl. angew. Dankschreiben v. überall.
Beste Zeit zur Brutvernichtung.
Erhältlich in allen Drogerien und Apotheken und bei sämtlichen Warenhäusern A. Wertheim, sonst portofrei von
Hermann A. Groesel, Berlin, Königgrätzer Str. 49

Geschlechtsleiden
Harnröhrenleiden, frisch und speziell veraltet, Syphilis, Mannesschwäche, Weissfluss behandelt ohne Berufsstörung
Dr. med. Dammanns Heilanstalt
Berlin M 6, Potsdamer Strasse 123B.
Sprechstunden: 9 bis 11, 3 bis 6, Sonntags 10 bis 11.
Belehr. Broschüre mit zahlr. Dankschr. u. Angabe bewährter Heilmittel ohne Quecksilb. u. andere Gifte gegen M. 2,— diskret in verschloss. Doppelbriefe ohne Absender. Leiden genau angeben

NOTGELDSCHEINE
Preisliste kostenlos. Gall, Münzenhandlung, Berlin W 56, Wilhelmstr. 48.

Neue Haare
wachsen schon wieder
Zur Haarkraftwasser wirkt Wunder nach 3maligem Einreiben. Frau D. . . ., Samat. D. . . So oder ähnlich lauten viele andere Anerkennungen über Reichels Haarkraftwasser „Rera". Fl. M. 11.— und 17.—. Otto Reichel, Berlin 46, SO, Eisenbahnstraße 4.

Kranke Frauen
erhalten unentgeltlich Auskunft über schnelle Befreiung von Blutarmut, Weissfluß, Schwächezuständen. Rückporto erbeten
Frau Bertha Koepmann
Berlin 118, Potsdamer Straße 104

Spez.-Beh. nur für Ischias in Höft., Gelenk u. Bein. Da schm. Fälle in 15 Tagen befeit. w., hierüber unentgeltl. Heilerf., bestätg. u. Referenzen. Invalidenstr. 106, von 9—3. Jacoby

Gold-, Silber-, Platin-
Bruch, Löffel, Platten, Ringe, Zahngebisse usw.
kaufen zu Tagespreisen
Gebr. Fuhrmann
Nollendorfstr. 39.

Saison-Räumungs-Ausverkauf
Qualitäts-Ware
rasend billig
Leiser

Schlafzimmer
eichenes, echter Marmor, Matratzen, 3850.—, weiches 7900.—, Herrenzimmer, schwere Ausführung, Bibliothek, geschliff. Scheiben, 3650.—, Speisezimmer, hübsches Muster, mit 6 Polsterstühl., 2750.—, Küchen 506.—, Kissengarnituren 2500.—, Standuhren, nußbaum, eichen, 1200.—. Große Auswahl in schweren Herren-, Speise- u. Schlafzimmern enorm billig.
Hans Lennert
Lothringer Str. 55
am Rosenthaler Platz.

Ata eignet sich für alle Küchengeräte besonders auch für Öfen, Badewannen, Linoleum, Marmor, Steinböden. Hersteller Henkel & Co. Düsseldorf

Gold · Silber · Platin
Sachen und Bruch
Quecksilber, Feldstecher
kaufen zu hohem Kurs
Ratzlaff & Zimmer, Linienstr. 93

Zur Justizreform! Jetzt aktuell!
Klassenjustiz
Chronologische Gegenüberstellung von Gerichtsurteilen gegen Revolutionäre und Reaktionäre
Von Fritz Schneider Preis 1.80 Mk.
Buchhandl. „Freiheit", Berlin C 2, Breite Str. 8-9

Veröffentlichungen
des Verlages der Kommunistischen Internationale

Schriften von N. Lenin

| | |
|---|---|
| Der Imperialismus als jüngste Etappe des Kapitalismus | Mk. 4,— |
| Der „Radikalismus", die Kinderkrankheit des Kommunismus | Mk. 4,— |
| billige Ausgabe | Mk. 2,50 |
| Die Weltlage und die Aufgaben der Kommunistischen Internationale | Mk. 1,30 |
| Die Wahlen zur Konstituierenden Versammlung und die Diktatur des Proletariats | Mk. 1,20 |
| Das Verhältnis der Kommunisten zum mittleren Bauerntum | Mk. 1,40 |
| Die große Initiative (Der Heroismus der russischen Arbeiter im Hinterland. Die Kommunistischen Samstage) | Mk. 1,00 |
| Erfolge und Schwierigkeiten der Sowjetmacht | Mk. 1,— |
| An die russische Jugend | Mk. 0,50 |
| Die auswärtige und innere Politik Sowjet-Rußlands | Mk. 1,— |
| Die gegenwärtige Lage Sowjet-Rußlands | Mk. 0,50 |
| Das Verhältnis der Arbeiterklasse zum Bauerntum | Mk. 1,— |
| Die Vorbedingungen und die Bedeutung der neuen Politik Sowjet-Rußlands (Ueber Naturalsteuer) | Mk. 1,00 |

Zu beziehen
durch die Verlagsbuchhandlung Carl Hoym Nachf. Louis Cahnbley, Hamburg 11